

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 289 · 25. JAHRGANG · AUSGABE 3/2019 VOM 26. FEBRUAR 2019 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Wahlbewerber brauchen
Unterstützerunterschriften**
Kommunale Wahlvorbereitungen

8/9 | **»Den Rechtsstaat
endlich durchsetzen!«**
Barnimer Bürger-Asyl

13 | **Kriegshetze
in der Tageszeitung**
Venezuela vor der US-Invasion?

Brief an den Bürgermeister:

Klagen Sie gegen diese Mißachtung der Souveränität der Stadt Eberswalde

Die untere Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim hat entschieden und erklärt das *»Bürgerbegehren zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße«* als unzulässig. Wir haben bereits reagiert und den Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski aufgefordert, dagegen Klage zu erheben.

Wir haben uns als Bürgerinitiative vorausschauend dazu entschlossen, uns mit eigenen Kandidaten an der Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 26. Mai zu beteiligen. Fast alle der Kandidaten auf den beiden Wahlvorschlägen der Listenvereinigung **Die PARTEI Alternative Liste Eberswalde (PARTEI/ALE)** sind auch aktive Mitglieder unserer Bürgerinitiative. Die Forderungen nach Wiederherstellung der vierspurigen Verkehrsführung in der Heegermühler Straße im besonderen und ein vernünftiges Miteinander aller Verkehrsteilnehmer in Eberswalde – also Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV und motorisierter Individualverkehr – im allgemeinen werden für uns als BI die Schwerpunkte sein.

Wir hoffen auf die Unterstützung all jener, die sich mit ihrer Unterschrift in die Listen unseres Bürgerbegehrens eingetragen haben oder gleichen Sinnes sind, es aber aus welchen Gründen auch immer nicht geschafft hatten, zu unterschreiben.

Wir versichern, daß wir nicht eher ruhen werden, bis der verkehrsplanerische Murks korrigiert ist.

Wer die Bürgerinitiative *»Radwege in Eberswalde«* direkt unterstützen möchte, findet den Kontakt per eMail unter der Adresse [radwege \(et\) alternative-eberswalde.de](mailto:radwege@alternative-eberswalde.de) oder per Telefon unter 03334/356542 (abends oder AB).

GERD MARKMANN und Dr. ULRICH POFAHL

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Friedhelm Boginski, in seinem Bescheid vom 19.02.2019 stellt der Landrat des Landkreises Barnim als allgemeine untere Landesbehörde fest, daß das von unserer Bürgerinitiative angestrebte Bürgerbegehren unzulässig sei.

Begründet wird diese Entscheidung damit, daß das Bürgerbegehren *»keine (Selbstverwaltungs-)Angelegenheit der Stadt Eberswalde zum Gegenstand«* habe. Zwei Absätze weiter stellt der Landrat jedoch selbst fest, daß *»örtliche Verkehrsplanungen als Instrumente zur Förderung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung ... zu den gemeindeeigenen Aufgaben«* gehören. Mit der Interpretation, es handle es sich hierbei lediglich um eine *»straßenverkehrsrechtliche Anordnung«* und damit um *»eine staatliche Maßnahme«*, stellt der Landrat die Souveränität der Stadt Eberswalde in Frage.

Eine solche Mißachtung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger, der Stadtverordnetenversammlung und von Ihnen als Repräsentant der Stadt und Leiter der Verwaltung dürfen Sie nicht dulden.

Als Bürgerinitiative *»Radwege in Eberswalde«* vertreten wir mehr als 3.400 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde, die sich in den vergangenen Monaten im Rahmen unseres Bürgerbegehrens stark im Rahmen der örtlichen Verkehrsplanung engagiert haben.

Namens dieser engagierten Bürgerinnen und Bürger fordern wir Sie auf, unverzüglich gegen den Bescheid des Landrates Klage zu erheben. Wir werden Sie bei der Verteidigung der kommunalen Selbstverwaltung nach Kräften unterstützen.

GERD MARKMANN und Dr. ULRICH POFAHL

(Sprecher der Bürgerinitiative RADWEGE IN EBERSWALDE)

Unterstützer gesucht

Demokratie lebt von Vielfalt. Ganz allein in Natur und Gesellschaft, also auch in Ökonomie und Politik, ent- und bestehen dauerhaft stabile Systeme nur beim Vorhandensein entsprechender Diversität.

Der bürgerliche Demokratiebetrieb tendiert indes dahin, regelmäßig alles glattzubügeln. Kritische Geister haben es in den meisten größeren Parteien schwer. Irgendwann verhindern bürokratische Strukturen und Abhängigkeiten jeden gesunden Meinungsstreit. Den Kritikern bleibt meist nur der Rückzug, sofern sie nicht per Ausschluß »entsorgt« werden. Zumindest hier zeigen sich aber auch die Vorteile bürgerlicher Demokratie, denn die kritischen Geister bleiben ja da und viele von ihnen organisieren sich neu, treten anderen Gruppierungen bei oder bilden neue Gruppen.

Schaut man auf die politische Entwicklung der vergangenen 30 Jahre in Eberswalde, so erscheinen immer wieder neue politische Akteure auf der Bildfläche. Vor allem in den vergangenen 15 Jahren erweiterte sich deren Vielfalt deutlich. Aktuell gibt es in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung acht Fraktionen, die von elf verschiedenen politischen Gruppierungen getragen werden.

Es sind nicht zuletzt die kleinen Gruppen, die in ihrer Vielfalt für eine stabile demokratische Entwicklung sorgen, neue Gedanken einbringen können sowie Stagnation und Vetternwirtschaft verhindern. Auch zur Kommunalwahl am 26. Mai werden sich wieder eine Reihe von neuen Gruppen um kommunalpolitische Mandate bewerben.

Die neuen Gruppen haben allerdings ein Problem, wenn sie keinen Mandatsträger im Bundes- oder Landtag bzw. im jeweiligen Kreistag oder den Ortsvertretungen vorweisen können. Dann brauchen sie für ihre Wahlvorschläge die Unterstützung von Wahlberechtigten. Dabei darf jeder nur genau einen Wahlvorschlag unterstützen und zwar nur im eigenen Wahlkreis.

Eine besondere Hürde ist, daß diese Unterstützerunterschrift im jeweiligen Bürger- und Meldeamt geleistet werden muß. Die nötige Zahl der Unterstützer hängt von der Zahl der Wahlberechtigten im Wahlkreis ab. In den beiden Wahlkreisen zur Eberswalder Stadtverordnetenversammlung und in allen neun Wahlkreisen für den Kreistag Barnim sind pro Wahlvorschlag jeweils 20 Unterstützerunterschriften notwendig. Die PARTEI ist eine der Gruppen, die für die Kreistagswahl solche Unterstützerunterschriften benötigt. Für die Stadtverordnetenwahl in Eberswalde ist es z.B. das Bündnis Eberswalde, das für die 2019er Wahl Unterstützer benötigt. Auch in Panketal gibt es mit »Gemeinsam in Panketal« (GiP) eine Wählergruppe, die auf Unterstützerunterschriften angewiesen ist.

Demokratie lebt von Vielfalt. Unterstützen Sie dies mit Ihrer Unterschrift.

Dr. MANFRED PFAFF

FrauenNetzwerk Barnim



Barnimer Netzwerk gegen Gewalt an Frauen hat neuen Namen

Das Barnimer Netzwerk gegen Gewalt an Frauen heißt von nun an FrauenNetzwerk Barnim. »Schon seit geraumer Zeit haben die Frauen des Netzwerks über eine Namensänderung diskutiert, da die behandelten Themen und Veranstaltungen sämtliche Belange von Frauen betreffen und damit weit über das Thema Gewalt hinausgehen«, teilt die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Barnim mit, die ebenfalls aktiv in der Gruppe ist. Derzeit stehen das Frauenwahlrecht und die Parität in Parlamenten im Fokus der Aktionen und Gespräche. »Ziel unserer Arbeit ist Aufklärung und größere Chancengleichheit, aber der Kampf gegen Gewalt an Frauen bleibt natürlich auf unserer Agenda«, stellt Anke Sieber klar.

Nach der Tanzaktion von und für Frauen, für Gewaltfreiheit, Gleichstellung und ein respektvolles Miteinander am 14. Februar auf dem Eberswalder Marktplatz und dem interaktiven

Vortrag am 16. Februar im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio zur Frage, wie Erfahrungen unserer Ur-Großmütter unser Leben als Frau bis heute prägen, lädt das FrauenNetzwerk für den 8. März Politikerinnen und Kandidatinnen sowie in der Politik aktive Frauen zu einer Diskussionsveranstaltung in das Paul-Wunderlich-Haus ein. Interessierte Frauen sind herzlich eingeladen. Der Frauentag soll dafür genutzt werden, Frauen in der Politik sichtbar zu machen und Wege für Frauen in die Politik aufzuzeigen. Damit die Themen von Frauen auch in der Politik ankommen und gesetzlich durchgesetzt werden können, müssen sich mehr Frauen aktiv in die Politik einbringen, als sachkundige Einwohnerinnen, als Stadtverordnete oder Kreistagsabgeordnete, in den Parteien und Gremien, so der Wunsch des FrauenNetzwerks Barnim.

DUNJA SCHWARZ-FINK

Straßenbenennungen nach Partnerstädten

Die Stadtfraktion BVB/Freie Wähler in Bernau fordert, bei künftigen Straßenbenennungen in Bernau auch die aktuellen Partnerstädte zu berücksichtigen.

Wie bekannt, hat die Hussitenstadt drei Partnerstädte. Von diesen hat nur die französische Stadt Champigny-sur-Marne einen nach ihr benannten Platz (im Puschkinviertel). Auf

das polnische Skwierzyna und Meckenheim im Rheinland trifft dies leider nicht zu.

Dabei ist es im Rahmen freundschaftlicher Verhältnisse durchaus üblich und ein Zeichen der zwischenstädtischen Zusammenarbeit, zumindest eine Straße oder einen Platz nach den Partnerstädten zu benennen. Dadurch wird auch in der Bernauer Bevölkerung das Bewußtsein für das bereits jahrzehntelange Bestehen der Partnerschaften neu geweckt. Ohnehin scheint es in diesem Bereich in der jüngeren Vergangenheit nicht sehr viel Bewegung gegeben zu haben.

Angesichts der zahlreichen Neubaugebiete samt zu schaffenden Straßen können die entsprechenden Benennungen ohne Weiteres zeitnah geschehen. BVB/Freie Wähler werden dies entsprechend in der Stadtverordnetenversammlung beantragen.

PÉTER VIDA

Talente werden gesucht!

Der Frühling kommt nach Finow und wir freuen uns, unser Frühlingfest mit Ihnen zusammen zu feiern! Sie erwartet vom 17. bis zum 19. Mai traditionelle Volksfeststimmung und ein attraktives Musikprogramm. Mit einer Vielzahl an Speis & Trank wird der Festplatz am Schwanenteich wiederum zum frühlinghaften Festgelände.

Dieses Jahr bieten wir auch den jungen Musikern, Künstlern und anderen Talenten die Möglichkeit, sich auf der Bühne zu präsentieren. Dabei ist eine Bühnenerfahrung gar nicht erforderlich! Wir haben dafür ein Zeitfenster von 14 Uhr bis 18 Uhr eingeräumt. Die Auftritte sollten ca. 5 bis 20 Minuten dauern. Einfache Technik mit Mikrofon, Verstärker und Lautsprecher steht Ihnen zur Verfügung.

Um ein kurzweiliges Programm zusammenstellen zu können, wird um frühzeitige Anmeldung gebeten. Etwaige Gagen können nicht geleistet werden, das Publikum jedoch wird sicher jeden Künstler mit viel Applaus belohnen. Angesprochen sind alle, die Spaß daran haben, ihr Können und ihre Kunst vor Publikum zu zeigen. Beginn ist am Samstag, den 18. Mai, gegen 14 Uhr. Das Stadtteilvereinsteam freut sich über regen Zuspruch. Kontakt unter 0171/7677001.

VIKTOR JEDE

Wir schaffen das...

Aber was? Was unter Frau Merkel prächtig gedeihen konnte: Hunderte Milliardäre und Millionäre, Aufrüstung und Waffenhandel, Militaristen, Faschisten in Parlamenten, Ausbeutung der Arbeiter. Dementsprechend gewachsen sind: Die Zahl der Arbeitslosen und der Arbeitenden mit zu geringen Einkommen. Die Obdachlosen, die fehlenden Ärzte, Helfer, Lehrer. Wie in den letzten 30 Jahren die ehemaligen DDR Bürger ausgeraubt wurden, auch das hat sie mit zu verantworten.

Das kapitalistische System hat alles im Griff? Nur, wie lange noch?

Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, das können wir nur selber tun.

ELISABETH MONSIG

Die PARTEI wählt Kreistagswahlliste

15 x Ja



Am 3. Februar wählte der Barnimer Kreisparteitag der Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative – Die PARTEI in ihrem Tagungsort »Muggels Stübchen« im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde die Kandidaten für die Wahlen zum Kreistag Barnim. Die PARTEI stellte in allen neun Wahlkreisen Kandidaten auf.

Am 3. Februar fand sich der sehr gute Kreisverband Barnim der Partei Die PARTEI in »Muggels Stübchen« in Eberswalde ein, um die Kandidatenliste für die Kreistagswahl 2019 zu bestimmen. Neben den PARTEI-Mitgliedern waren mehrere Mitglieder der *Alternativen Liste Eberswalde (ALE)* anwesend, welche ebenfalls auf der Liste der PARTEI antreten durften. Mit der ALE sowie der Eberswalder Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« hatte sich Die PARTEI bereits am 20. Januar zur Eberswalder Stadtverordnetenwahl zu einer natürlich ebenfalls sehr guten Listenvereinigung namens *Die PARTEI Alternative Liste Eberswalde (PARTEI/ALE)* vereinigt.

Nach der Wahl der Kreistagsliste wurden weitere Kandidaten auf der Gemeindeebene nominiert und ein neuer, sehr guter Kreisvorstand gewählt.

Um an der Kommunalwahl auf Kreis- und Gemeindeebene teilnehmen zu können, benötigt die PARTEI nun Unterstützer-Unterschriften in allen Wahlkreisen, welche in den Rathäusern, Bürgerbüros und bei den ehrenamtlichen Bürgermeistern geleistet werden können, hierzu bleibt den PARTEI-Unterstützern bis zum 20.03.2019, 16 Uhr, Zeit.

Folgende Kandidaten und Kandidatinnen wurden in den einzelnen Wahlkreisen auf die Kreistagsliste gewählt:

- Wahlkreis 1: Mirko Wolfram (Die PARTEI), Silke Markmann (ALE)
- Wahlkreis 2: Gerd Markmann (ALE), Peggy Siegemund (ALE)
- Wahlkreis 3: Florian Schirmer (Die PARTEI)
- Wahlkreis 4: Mario Schlauß (Die PARTEI), Michelle Abraham (Die PARTEI)
- Wahlkreis 5: Mirko Schlauß (Die PARTEI)
- Wahlkreis 6: Andrea Tohl (Die PARTEI)
- Wahlkreis 7: Guido Godowzok (Die PARTEI)
- Wahlkreis 8: René Muchow (PARTEIlos)
- Wahlkreis 9: Rick Gläske (Die PARTEI)

Folgend Kandidaten und Kandidatinnen wurden auf der Gemeindeebene nominiert:

- StVv Bernau: Florian Schirmer (WK 1), Michelle Abraham, Andrea Tohl (WK 2); StVv Werneuchen: Mirko Schlauß; Gemeindevertretung Panketal: Guido Godowzok; Ortsbeirat Zepernick: Guido Godowzok; Gemeindevertretung Wandlitz: Mario Schlauß; Ortsbeirat Lanke: Mario Schlauß.

In den Kreisvorstand gewählt wurden als Vorsitzender: Mario Schlauß, als stellvertretender Vorsitzender: Mirko Wolfram, Schatzmeister: Florian Schirmer, Schriftführer: Sebastian Fenske sowie die Kassenprüfer: Michelle Abraham und Sebastian Fenske.

MIRKO WOLFRAM

Für dumm verkauft

Leserbrief zu »Datenschutz und Jugendämter« (BBP 1-2/2019, Seite 11)

Im Fall des Jugendamtes Barnim wurde der damalige Landrat Bode Ihrke (SPD) schon vor einem Jahr über den fehlenden Datenschutz des ihm unterstellten Jugendamtes informiert. Auf seiner Webpräsenz hatte er allen Bürgern bei Fragen eine Antwort zugesichert. Das Zeppter hat er inzwischen seinem SPD-Kollegen Daniel Kurth übergeben, der genau wie sein Vorgänger breit lächelnd die Bürgerinnen und

Bürger dazu auffordert, ihm zu schreiben, »wenn Sie Fragen, Anregungen, Lob oder Kritik haben«. Und sie damit genauso für dumm verkauft. Wie sein Vorgänger hat auch der neue Landrat bis heute nicht öffentlich Stellung zum Datenschutz-Mißbrauch in seiner Behörde genommen! Deshalb, Herr Kurth, möchte ich Sie bitten, das Amt des Landrates abzugeben.

GUIDO PENZ

Wählergruppe »Gemeinsam in Panketal«

Am 15. Februar 2019 führte die neue Wählergruppe »Gemeinsam in Panketal – sozial, kompetent, überparteilich« im Ratssaal des Panketaler Rathauses ihre Aufstellungsversammlung zu den Kommunalwahlen im Mai 2019 durch. Die Anhängerinnen und Anhänger bestimmten in drei getrennten Wahlgängen ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Panketaler Gemeindevertretung sowie für die Ortsbeiräte Zepernick und Schwanebeck.

Die 15-köpfige Liste für die Gemeindevertretung wird angeführt von der Kinderärztin Irina Hayek, gefolgt von der kommunalpolitisch erfahrenen und vielseitig engagierten Siggrun Pilz (u.a. Bürgerstiftung Panketal) und dem Kunstbrücken-Vorstandsmitglied Thorsten Wirth. Weiterhin gewählt wurden Angelika Radunz, Wilfried Wolf, Karl Schröder, Hannelore Böhme, Konstantin Börner, Hardy Röddiger, Ines Schröder, Liane Wirth, Heiko Pilz, Dietbert Radunz, Eleonore Falkner sowie Hubert Hayek. Für den Ortsbeirat Zepernick kandidieren sechs Kandidaten, angeführt von Eleonore Falkner und Karl Schröder. In Schwanebeck treten vier Kandidaten an, auf Platz eins auch hier Irina Hayek.

In einer kurzen Vorstellungsrunde benannten die Kandidatinnen und Kandidaten ihre Vorstellungen von einer bürgernahen und familien- und generationengerechten Politik in der Gemeinde. »Wir wollen das Miteinander betonen. Ein Bürgerhaus für alle Generationen z.B. kann Identität und Bindung an die Gemeinde stärken. Wir wollen zielgerichtet und sachorientiert im Sinne von sozialer Verantwortung arbeiten, Kultur und Bildung stärken und dabei auch sinnvolle Vorschläge anderer Fraktionen unterstützen«, faßt Irina Hayek das Gesagte zusammen.

Die Programmarbeit der Wählergruppe GiP wird in den nächsten Tagen intensiviert. Vorschläge und Unterstützung aus der Bevölkerung sind dabei natürlich willkommen. Da an einem online-Auftritt noch gearbeitet wird, sind Vorschläge und Hinweise per mail erbeten an hayek@onlinehome.de.

Wichtig: Um zur Wahl zugelassen zu werden, benötigt die Wählergruppe GiP noch Panketaler Bürgerinnen und Bürger als Unterstützer. Wer also möchte, daß »Gemeinsam in Panketal« zu den Wahlen antritt, der sollte in den nächsten Tagen bis zum 20. März im Rathaus seine Unterstützerunterschrift leisten. Dies ist sowohl für die Gemeindevertretung nötig als auch für die jeweiligen Ortsbeiräte. Eine Unterschrift als Unterstützer verpflichtet nicht zur Wahl der GiP.

Gestalten wir gemeinsam das Lebensumfeld, in dem wir, unsere Kinder und unsere Enkelkinder, gerne leben wollen!

Gemeinsam in Panketal!

THORSTEN WIRTH

Kaputtbauen der B167

Die bestehende B167 wurde im Bundesverkehrswegeplan hinsichtlich der Leistungsfähigkeit, Verbindungsqualität und Ortsverträglichkeit im Bereich Eberswalde als Schwachstelle identifiziert. Weshalb will man dann die Schwachstelle noch weiter verschlimmern?

Dabei geht es nicht zuletzt um die aktuelle Belastung der Ortsdurchfahrt durch gewerblichen Schwerverkehr. Insbesondere im Hinblick auf Warentransporte von und zum Binnenhafen ist laut den Bundesverkehrsplanern derzeit eine leistungsfähige Verkehrsverbindung nicht gegeben. Konkret wird genannt, daß abschnittsweise die vorhandene Fahrbahnbreite unter 6,50 m liegt.

Das aktuelle Kaputtbauen der B167 steht doch dazu klar im Widerspruch. Und nun wollen die Stadtverordneten die Eberswalder Hauptverkehrsstraße noch schmaler und undurchlässiger machen. Das ist absurd. Wer auf solche Gedanken kommt, gehört abgewählt. Am 26. Mai ist dazu Gelegenheit. Ein Tip: Wir von der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« kandidieren auf den Wahlvorschlägen der Listenvereinigung Die PARTEI Alternative Liste Eberswalde (PARTEI/ ALE).

GUIDO PENZ

Richtigstellung

Die lokale Tageszeitung befaßte sich am 22. Februar mit dem Thema »Kontroverse zu separater Busspur« (MOZ, 22.02.2019). Darin werden mir in indirekter Rede die Worte in den Mund gelegt: »Sollten die Schutzstreifen für Radfahrer endlich verschwinden, würden auch die Busse wieder zügiger vorankommen«.

Tatsächlich schrieb ich jedoch auf Anfrage des MOZ-Redakteurs: »Durch die Wiederherstellung der vierspurigen Verkehrsführung werden auch die Obusse wieder zügiger vorankommen.«

Der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« geht es nicht darum, daß »die Schutzstreifen für Radfahrer endlich verschwinden«. Wenn es eine Lösung geben sollte, die eine vierspurige Verkehrsführung zuzüglich Schutzstreifen ermöglicht, wären wir sehr dafür. Ansonsten haben wir von Anfang an und immer wieder betont, daß wir vernünftige Radwege in Eberswalde fordern und daß diese Radstreifen in der jetzigen Form eben alles andere als vernünftig sind. Mit solchen Verdrehungen können knackige »Kontroversen« konstruiert, aber nicht die Realität widerspiegelt werden.

GERD MARKMANN

Wählergruppe gegen die B167neu



Foto: Für Umwelt und Natur – Gegen B167neu!

Eberswalde (bvb). Die Die Eberswalder Bürgerinitiative »Gegen die B167neu!« hat sich am 5. Februar als Wählergruppe konstituiert und tritt unter dem Namen »Für Umwelt und Natur – Gegen B167neu!« zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung an.

Zugleich beschloß die Bürgerinitiative, dem Netzwerk von BVB/Freie Wähler beizutreten und auch Kandidaten zur Wahl des Kreistages Barnim zu stellen. Sprecher Oskar Dietterle begründete den Schritt mit der Notwendigkeit einer parlamentarischen Vertretung für die Belange der Bürgerbewegung. Zugleich ist BVB/Freie Wähler der Garant für eine starke

Unterstützung und überregionale Vernetzung.

Der Landtagsabgeordnete Péter Vida sicherte den Eberswaldern volle Unterstützung bei der kommenden Wahl zu. Ziel ist es, den Einzug in die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung in Fraktionsstärke zu schaffen und auch ein Kreistagsmitglied zu stellen. Inhaltliche Schwerpunkte neben der Verhinderung der sogenannten Nordvariante der B167neu sind die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und eine Stärkung der Eberswalder Ortsteile. BVB/Freie Wähler konnte somit sein Netzwerk an Wählergruppen im Land auf über 130 steigern.

Erste straßenbaubeitragsfreie Kommune?

Die Fraktion BVB/Freie Wähler in der Stadtverordnetenversammlung Bernau hat einen Antrag zum sofortigen Stopp der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen eingereicht. Die Vorlage sieht vor, daß ab 1. April 2019 die umstrittenen Abgaben nicht mehr erhoben werden.

Aufgrund der breiten öffentlichen Diskussion zur sich abzeichnenden Abschaffung der Beiträge erscheint es nicht sinnvoll, die Erhebung jetzt noch durchzuführen. Es ist davon auszugehen, daß der Landtag noch im ersten Halbjahr eine entsprechende Änderung des Kommunalabgabengesetzes beschließt und dabei

auch eine rückwirkende Regelung erläßt. Es ließe sich viel Verwaltungsaufwand sparen, wenn jetzt nicht noch unnötig Bescheide erlassen werden, die dann aufgehoben werden müßten.

Die Abweichung von der gesetzlichen Soll-Regelung läßt sich somit durch ein besonderes öffentliches Interesse rechtfertigen. Zugleich würde damit ein wichtiger Schritt zu mehr sozialem Frieden getan werden.

Bernau könnte somit die erste Kommune in Brandenburg werden, die die Erhebung der Beiträge abschafft.

PÉTER VIDA

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge:

Abschaffung der Anwohnerbeteiligung

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist Augenwischerei. Der Bürger muß die Kosten ohnehin bezahlen, ob über Grundsteuern und kommunale Abgaben oder über Straßenausbaubeiträge. Solange wir selbst direkt etwas dazu legen, dürfen wir auch mitentscheiden.

Wir in Klandorf haben zu 75% gegen einen Straßenneubau gestimmt. Ohne unsere Stimmen hätte das Bündnis Schorfheide die Straße schon längst »gundhaft auf 5,6 m ausgebaut«

und damit das museale Ortsbild für immer zerstört. Nach Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wird Ortsvorsteher Olaf Pieper den Straßenausbau in Klandorf gegen das Bürger-votum durchsetzen. Es sind unsere Häuser und unsere Straßen und wir dürfen nicht zulassen, daß auf Jagdgesellschaften und Feuerwehrbesäufnissen ohne Bürgerbeteiligung darüber entschieden wird.

Dr. WOLFRAM VÖLCKER

Anzeige

Die PARTEI
Kreisverband Barnim

braucht Euch!

Die PARTEI hat für die Kreistagswahl neun sehr schöne Wahlvorschläge zusammengestellt. Um auf die Wahlzettel zu kommen brauchen wir Eure

Unterstützer-Unterschriften

ALSO AB IN DIE RATHÄUSER!

Verkehrspolitische Akrobatik

Der Barnimer Sprecher des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) und Vertreter der AG Rad in Eberswalde TINO KOTTE lehnt eine »verkehrspolitische Rolle rückwärts« klar ab, schreibt die lokale Tageszeitung (»Kontroverse zu separater Busspur«, MOZ vom 22.02.2019).

Es ging dabei einmal mehr um die Verkehrsführung in der Heegermühler Straße. Offenbar geht Tino Kotte von dem Wunschdenken aus, dort sei eine *verkehrspolitische Vorwärtsrolle* gelungen. Doch tatsächlich ging der Versuch der Vorwärtsrolle gründlich daneben.

Nun liegen wir, um beim Bild des VCD-Sprechers zu bleiben, mit *platter Nase auf dem Asphalt*. Da ist keine *Rolle rückwärts* angesagt, sondern wir müssen nun aufstehen, die Blessuren vom Sturz pflegen und schnellstens die Gefahren, die zum Mißlingen der *verkehrspolitischen Akrobatik* führten, beseitigen. Und schließlich bleibt als Aufgabe, über die tieferen

Gründe für das Scheitern nachzudenken – oder wie es die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« von Beginn an fordert, das Radnutzungskonzept zu novellieren.

Insbesondere ist das Leitbild zu überarbeiten. Statt der Priorität durchgehender Rad-schnellverbindungen entlang der Bundes- und Landesstraßen sollen künftig intelligente Radwegverbindungen zwischen den einzelnen Stadtteilen im Vordergrund stehen. Für diese Radwegverbindungen abseits der Autostraßen sollten bestehende Wege zwischen den Stadtteilen und verkehrsberuhigte Straßen in den Wohngebieten genutzt werden.

Statt in der Billigvariante Striche auf die Straße zu malen, sollten künftig die Anforderungen an Neubau und Instandhaltung des Radwegenetzes in Eberswalde angemessen in der Haushaltsplanung berücksichtigt werden.

GERD MARKMANN

Gebietskulissen

Eberswalde (bbp). Die Wohnungsbauförderung im Land Brandenburg erfolgt im wesentlichen über zwei Richtlinien, die Mietwohnungsbauförderungsrichtlinie und die Richtlinie »Selbst genutztes Wohneigentum in Innenstädten«. Über erstere werden die generationengerechte Anpassung von Mietwohnungen, die Umnutzung von Gebäuden für die Wohnnutzung, der Neubau von Mietwohnungen und der Einbau von Aufzügen gefördert. Die zweite Richtlinie fördert Eigentumswohnungen und innerstädtische Eigenheime – auch die Umwandlung bestehender Gebäude in Wohneigentum. Voraussetzung sind sogenannte »Gebietskulissen«, wobei in »Konsolidierungsgebieten« nur Mietwohnungen gefördert werden, während in »Vorranggebieten Wohnen« beide Richtlinien greifen.

Aufgrund der positiven Bevölkerungsentwicklung soll diese »Gebietskulisse« nun erweitert werden. Dies hatte die Stadtverwaltung im Rahmen der neuen Stadtumbaustrategie bereits vor einem Jahr beantragt. Am 7. November 2018 hat das Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) die neuen Gebietskulissen per Bescheid bestätigt. Nun fehlt nur noch als formaler Akt die Bestätigung durch die Stadtverordnetenversammlung (StVV). Eine entsprechende Beschlusvorlage steht am 28. Februar auf der Tagesordnung.

Die Erweiterung von Gebieten, in denen künftig Wohnungsbau gefördert wird, sollte im allgemeinen als positiv gewertet werden. Daher dürfte seitens der Stadtverordneten auch kaum eine Diskussion zu erwarten sein.

Doch eine Ausnahme wird es geben. CARSTEN ZINN, Stadtverordneter mit dem Mandat der »Alternativen Liste Eberswalde« aus dem Brandenburgischen Viertel, hat angekündigt, gegen den Beschlusvorschlag stimmen zu wollen, obwohl – oder gerade weil – auch zusätzliche Flächen in seinem Viertel künftig als »Gebietskulisse« gelten. Ihm geht es dabei weniger um die zusätzlichen als vielmehr um jene Gebiete, die ausgeklammert werden. Denn das *Konsolidierungsgebiet Brandenburgisches Viertel*, das bisher den 1. Bauabschnitt umfaßte, wird um den 2. Bauabschnitt erweitert. Allerdings bleiben zwei Bereiche ausgeschlossen. Zum einen handelt es sich um den Genossenschaftswohnblock in der Cottbuser Straße 25-31, dessen Abriß faktisch schon begonnen hat – obwohl auch hierfür erst noch der Hauptauschluß dem Durchführungsvertrag zustimmen mußte, was dieser freilich am 21. Februar mehrheitlich erledigte – und zum anderen um die WHG-Blocks in der Potsdamer Allee 45-59, die als »Rückbaureserve« gehandelt werden.

»Wir haben einfach keinen Bock mehr«, so Zinn, »mit vermeintlich guten Beschlusvorlagen immer wieder indirekt kommunalpolitische Schweinereien mitbeschließen zu müssen«. Der Stadtverordnetenmehrheit sind solche Überlegungen allerdings fremd, weshalb die mehrheitliche Zustimmung am 28.2. als sicher gilt.

Stadtteilverein kommuniziert

Der Stadtteilverein Finow e.V.

organisiert seine Kommunikation neu. Am 25. Januar hat Maria Stroedter als Pressesprecherin den Bereich Kommunikation übernommen. Sie folgt Steffen Krause, der die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuletzt verantwortete.

Steffen Krause kann aus den beruflichen Gründen diese Tätigkeit nicht mehr ausüben, bleibt aber dem Verein als Mitglied weiterhin erhalten.

Diplom-Pädagogin und Diplom-Betriebswirtin Stroedter (41) ist in der Grundschule Fi-



now als Lehrerin in den Fächern Mathematik, Englisch und Kunst tätig. Maria Stroedter war vorher 13 Jahre als Finanzmanagerin in verschiedenen internationalen Unternehmen aus den Bereichen Kommunikation, Verlagswesen, Werbung und Anlagengeschäft tätig. Sie bringt umfangreiche internationale Erfahrung und gute Kommunikationskenntnisse mit. Sie wird ihren Teil dazu beitragen, die Präsenz des Stadtteilvereins in der Öffentlichkeit zu stärken.

VIKTOR JEDE

5. Finowkanal-Symposium

Vor 400 Jahren konnten erstmals Frachtkähne den Wasserweg zwischen Havel und Oder durchgängig befahren. Damit ist unser Finowkanal der älteste noch heute befahrbare von Menschen geschaffene Wasserweg Deutschlands, wenn nicht Nordeuropas.

Für den Erhalt unseres Kanals als durchgängig schiffbare Binnenwasserstraße streitet die Initiative Unser Finowkanal e.V. seit ihrer Gründung im Jahr 2013. Die wechselvolle Geschichte des Finowkanals ist zugleich eine Geschichte des Wasserbaus, dessen Leistungen den Transport von Gütern und Personen auf den Binnenwasserstraßen mit dem Bau von Kanälen, Schleusen, Wehren und Schiffshebewerken erst möglich machten.

So ist unser diesjähriges Finowkanal-Symposium – unser fünftes – dem Wasserbau gewidmet, dessen Leistungen wir (keineswegs auf den Finowkanal beschränkt) in acht Vorträgen gemeinsam mit Ihnen am 20. März dieses Jahres würdigen möchten.

Wußten Sie, daß im Harz kilometerlange Kanäle mit Häfen und Schiffswerften existieren? Daß das Schiffshebewerk am Drei-Schluchten-Damm in China mehr als dreimal so hoch ist wie das in Niederfinow? Wie vermittelt man zwischen Wassertourismus und Naturschutz? Wie gelingt es, trotz allgegenwärtiger Sparaufgaben nagelneue Schleusen finanziert zu bekommen? Und wie baut man Schleusen überhaupt?

Um diese Themen und mehr geht es beim diesjährigen Finowkanal-Symposium, mit dem wir zugleich das Signal zum Start ins »Biennium 2019/20 – 400 Jahre Schifffahrt auf dem Finowkanal« geben.

5. Finowkanal-Symposium, 20. März, 16-20 Uhr Paul-Wunderlich-Haus, Am Markt 1, Eberswalde
HARTMUT GINNOW-MERKERT

Weitere Information: Initiative Unser Finowkanal e.V., info@unser-finowkanal.de



Grüne Landtagskandidaten



Foto: Ulrich Wessolek

Michael Luthardt, Danilo Zoschnik, Axel Vogel.

Am 12. Februar wählten die Barnimer Bündnisgrünen in einer Mitgliederversammlung in Eberswalde ihre Direktkandidaten für die Landtagswahl am 1. September.

Im Wahlkreis 13 (Barnim I mit Eberswalde, Amt Joachimsthal und Gemeinde Schorfheide) geht AXEL VOGEL, Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender der grünen Landtagsfraktion, für B90/Grüne ins Rennen um das Direktmandat.

Der 20-jährige Lehramtsstudent DANILO ZOSCHNIK vertritt die Grünen im Wahlkreis 14 (Barnim II – Stadt Bernau und Gemeinde Pankeetal). Danilo Zoschnik ist in Eberswalde aufgewachsen und legte hier sein Abitur ab. Gegenwärtig studiert er politische Bildung auf Lehramt in Potsdam und ist Vorstandsmitglied der Grünen Jugend Brandenburg.

Im Wahlkreis 15 (Barnim III mit Ahrensfelde, Werneuchen, Wandlitz und den Ämtern Biesenthal-Barnim und Britz-Oderberg-Chorin) tritt Dr. MICHAEL LUTHARDT für Bündnis 90/Die Grünen an. Der Leiter des Landeskompetenzzentrums Forst Eberswalde war in diesem Wahlkreis bereits einmal 2009 für die Partei Die Linke erfolgreich und möchte den Einzug in den Landtag erneut schaffen.

Die drei Barnimer Direktkandidaten kandidieren auch für Plätze auf der Landesliste von Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl. Diese wurde auf einem Landesparteitag am 23. Februar in Fürstenwalde aufgestellt (nach Redaktionsschluss). Dort wurden außerdem die Präambel des Landeswahlprogramms und die Kommunalpolitische Erklärung des grünen Landesverbandes diskutiert und beschlossen.

ELKE ROSCH

Barnimer Bürgerpost abonnieren!
www.barnimer-buergerpost.de

Linke Sprechzeiten

DIE LINKE Fraktion Bernau, Berliner Str. 17, Bürgersprechstunde mit der Fraktionsvorsitzenden Dr. Dagmar Enkelmann **am Do. 28.02. 2019 von 14 -16 Uhr.** Zusätzliche Terminvereinbarungen möglich unter Tel. 03338-90 72 52 oder E-Mail: fraktion-bernaeu@dielinke-barnim.de

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Berliner Str. 17 · 16321 Bernau b. Berlin

Bericht vom LandesPARTEitag

Eberswalde (bbp). Am 16. Februar trafen sich die Brandenburger Mitglieder der Partei Die PARTEI zu ihrem LandesPARTEitag. Im Mittelpunkt stand die Neuwahl des Vorstands und des Erweiterten Vorstands.

Die Wahl des Vorsitzenden verlief in gewohnten chaotischen Bahnen. Ein bewährter blinder PARTEIgenosse unterlag bei vielen Enthaltungen ganz knapp einem bislang kaum in Erscheinung getretenen Bewerber, der seine Kandidatur über Facebook angemeldet hatte.

Neuer Politischer Geschäftsführer wurde nach einigem hin und her der Barnimer PARTEI-Vorsitzende Mario Schlauß. Als weiterer Barnimer wurde Mirko Wolfgramm als neuer sportpolitischer Sprecher in den erweiterten Vorstand gewählt.

Als weiteres Thema wurde die besondere Interessenvertretung der Sorben durch Teile der PARTEI diskutiert. Ein Teil der PARTEIgenossen engagiert sich hierzu in der Partei der Sor-

ben (PDS). Für die Kommunalwahl im Land Brandenburg am 26. Mai 2019 wurden bisher landesweit für 39 Wahlkreise Kandidaten benannt, davon 9 (von 9) im Landkreis Barnim. Auf Gemeindeebene hat Die PARTEI bisher in 52 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Die Mitgliederzahl der Brandenburger PARTEI ist von 450 im Juli 2018 auf mehr als 600 im Januar 2019 gestiegen.

Um ihre Wahlvorschläge zur Kommunalwahl am 26. Mai einbringen zu können, benötigt Die PARTEI in den meisten Wahlkreisen noch Unterstützerunterschriften durch Wahlberechtigte, die in dem jeweiligen Wahlkreis wohnen. Eine Hürde ist, daß die Unterschriften im jeweiligen Bürgeramt oder bei einem ehrenamtlichen Bürgermeister oder einem Notar zu leisten sind. Im Landkreis Barnim werden Unterstützerunterschriften insbesondere für die Wahlvorschläge in den neun Wahlkreisen für die Kreistagswahl benötigt.

Wir wollen das Staatliche Schulamt hier

Der SPD Unterbezirk Barnim, die SPD-Fraktion im Kreistag Barnim, der Landtagskandidat Hardy Lux, die Ortsvereine Eberswalde und Finow und DIE SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde sprechen sich in der Diskussion um den Standort des staatlichen Schulamtes klar und deutlich für die Stadt Eberswalde aus.

Wir wollen und pflegen weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit dem Landkreis Uckermark. Als Sozialdemokraten stehen wir wie niemand anderes verantwortungsvoll für einen Ausgleich innerhalb der Region. Für die wichtige Standortentscheidung des staatlichen Schulamtes müssen aber zuerst objektive Faktoren herangezogen werden. Circa 18.500 Schülerinnen und Schülern im Barnim stehen circa 11.800 Schülerinnen und Schüler in der Uckermark gegenüber. Absehbar wird sich die Differenz durch die steigenden Schülerzahlen im berlinnahen Raum weiter vergrößern.

Die Städte Eberswalde und Bernau zählen mit zusammen über 80.000 Einwohnern circa 2/3 der Einwohnerschaft der gesamten Ucker-

mark. Das spiegelt sich auch in entsprechenden Zahlen der Schülerschaft wieder. Mit der neuen Bahn-Verbindung zwischen Templin und Eberswalde läßt sich Eberswalde aus allen Mittelzentren der Uckermark direkt erreichen. Dies ist bei Angermünde nicht der Fall.

Der Standort Eberswalde stellt den besten Kompromiß zwischen derzeitigen und künftigen Schülerzahlen sowie guter Erreichbarkeit aus beiden Landkreisen dar.

Der SPD Unterbezirk Barnim, die SPD-Fraktionen und die SPD-Ortsvereine aus Finow und Eberswalde werben daher unbedingt für die Stadt Eberswalde als Standort für das staatliche Schulamt.

HARDY LUX

Petition:

Gegen Autofahr-Überwachungs-Gesetz

Verkehrsminister Andreas Scheuer läßt ein »Autofahr-Überwachungsgesetz« durchs Kabinett beschließen. Statt die Autokonzerne im Abgas-Skandal zur Verantwortung zu ziehen, sollen Dieselfahrverbote mit massenhafter Bildüberwachung kontrolliert werden. Schon bald sollen dafür die Gesichter und Fahrzeuge aller Autofahrerinnen und Autofahrer erfaßt werden. In der Praxis werden dabei auch Rad- und Motorradfahrer und Fußgänger fotografiert oder gefilmt.

»Wieder einmal haben rechtstreue Bürger Eingriffe in ihre verfassungsrechtlich verbürgten Freiheitsrechte als Sonderopfer – nun vermeintlich zum Zwecke des Umweltschutzes – hinzunehmen«,

sagt Digitalcourage-Rechtsexperte Prof. Dr. FRANK BRAUN. Der Entwurf für eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes sei klar unverhältnismäßig, freiheitsfeindlich und verfassungswidrig.

Die Bundesregierung hat das geplante »Autofahr-Überwachungs-Gesetz« bereits Anfang November 2018 im Kabinett beschlossen und es kann nun jederzeit in den Bundestag kommen. Eine Eil-Petition fordert von der Bundesregierung und speziell von Verkehrsminister Scheuer, das »Autofahr-Überwachungsgesetz« sofort zurückziehen: <https://aktion.digitalcourage.de/keine-autofahr-ueberwachung>

T. TOBLER

Neues vom braven Soldaten Schweyk:

Das Kirchenasyl im Bett des Prokrustes

»Sagen Sie, Gnädigste, können Sie sich noch an den Herrn Prokrustes, den furchtbaren Herbergs-vater, erinnern?«

»Nicht so recht«, meint die taz-Redakteurin etwas ausweichend und irritiert. »Ihr Landsmann? Böhmisches klingt der Name ja nicht«, hakt sie schon etwas sicherer nach.

»Nein, nein, Böhme war er nicht, er lebte in Griechenland, in Attika, so vor gut zweieinhalbtausend Jahren. Er hatte eine kleine Pension, mit nur zwei Betten. Damals war der Tourismus noch nicht so entwickelt, auch der Asyltourismus nicht, würde unser Freund Söder aus der Bayerischen Staatskanzlei einwerfen.

Die Reisenden waren zwar zahlenmäßig weniger, aber viel solventer als heute, so daß sich diese kleine Pension, wie gesagt, nur zwei Betten, doch rechnete. Die Betriebswirtschaftslehre war auch noch nicht so recht entwickelt; das Prinzip der Nutzenoptimierung gänzlich unbekannt.«

»Jetzt erinnere ich mich, das war doch Stoff der 7. Klasse, die griechischen Götter- und Heldensagen.

Das waren sehr unterschiedliche Betten, Herr Schweyk. Ein kurzes und ein langes, nicht wahr?

Und der Herr Prokrustes hatte eine ganz besondere Belegungsart. Die Großen kamen in das kleine und die Kleinen in das große Bett.«

»Sie sagen es, und weil der Herr Prokrustes auf Ordnung in seiner Herberge achtete, schnitt er beim kleinen Bett alle Körperteile, die über die Bettkanten ragten, einfach ab und legte sie dem lie-

ben Gast unters Kopfkissen oder unter die Bettdecke. Das sah schon viel besser aus. Wie in dem berühmten Chaplínfilm, beim Kofferpacken, Sie erinnern sich?

Und für die Ordnung im großen Bett sorgte er, indem er die Kleinen mit dem Kopf bündig an das obere Bettende legte, sie mit seinem Leibriemen festband und dann so lange an den Beinen zog, bis die Fußsohlen bis zum Bettende reichten.

Das war ganz schön anstrengend, da knackten die Gelenke und wurden die Nervenstränge mächtig gedehnt, aber Ordnung mußte sein in der Herberge des Herrn Prokrustes, der duldet keine Abweichung, da war er unerbittlich. Der rechte Winkel war den Griechen schon damals geläufig.«

Genüßlich nimmt Schweyk einen Schluck aus dem Schwarzbierglas und blickt forschend in das Gesicht der Tazredakteurin, die nicht so recht weiß, worauf er hinausmöchte.

»Und so, wie dem kleinen Reisenden, geht es jetzt dem Kirchenasyl, die Innenminister und das BAMF legen es in ihr Bett des Prokrustes und strecken es gewaltig. Von sechs auf achtzehn Monate, das ist die dreifache Länge. Da knacken die Gelenke, da werden die Nervenstränge und Sehnen mächtig gedehnt, auch überdehnt, ein sehr schmerzhafter Prozeß.«

»Ich verstehe, Sie spielen auf die Ausdehnung der Überstellungsfrist von sechs auf achtzehn Monate an. Seit dem 1. August 2018 werden die Schutzsuchenden im Kirchenasyl als flüchtig betrachtet und entsprechend behandelt.«

»Das sind die Folgen der humanistischen Bildung, die man bei euren Juristen immer unterstellen kann, an den antiken Vorbildern geschult. Das sind eure Einsjeruristen, alle, die im Innenministerium und in den Spitzenbehörden, wo sich die neuen Regeln ausdenken. Da bleibt dann das humanitäre und christliche Erbe leicht auf der Strecke.«

»Es sind aber nicht alle so. Es gibt auch Juristen, z.B. Richter in den Verwaltungsgerichten und auch am Bundesgerichtshof, die da nicht mitspielen und dem Prokrustes die Beherbergungslizenz entziehen, die Verlängerung der Überstellungsfrist als rechtswidrig kassieren und die Unrechtmäßigkeit von gut 30 % der Abschiebehaftbefehle feststellen. Nicht zu wenige, ja 2014 waren es sogar 85 bis 90 % der durch den BGH geprüften Fälle. Ein Anwalt, der in diesem Metier seit 2001 tätig ist, hat die Tage, die seine Mandanten zu Unrecht im Gefängnis saßen, gezählt und ist auf 22 077 Tage gekommen, das sind mehr als 60 Jahre.

Diese Juristen haben einfach seinerzeit im Unterricht besser aufgepaßt und die Geschichte zu Ende gelesen. Es war Theseus, der dem Prokrustes das Handwerk gelegt hat. Das ließ damals die Griechen hoffen und uns heute auch.«

»Schön, daß Sie noch Hoffnung haben. Wir werden ja sehen, was draus wird, am Freitag, nachm Krieg, in Prag um sechs, im Kelch.«

Aufgeschrieben von HARTMUT LINDNER

(Material: Auch Abgelehnte haben Rechte, SZ, 28.1.2019)

DGB-Forderungen zur Landtagswahl:

»Stadt – Land – Fair«

Gute Arbeit und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Brandenburg

»Bei der Wahl im September geht es um die großen Zukunftsthemen für die Menschen in Brandenburg«, sagt der DGB-Bezirksvorsitzende Christian Hoßbach. »Das Thema Nummer eins heißt in Brandenburg Gute Arbeit, selbst 30 Jahre nach dem Mauerfall sind die Arbeitsbedingungen zwischen Ost und West noch nicht gleich. Die Landespolitik kann dafür einiges tun, indem sie etwa öffentliche Aufträge grundsätzlich nur an Unternehmen gibt, die Tariflöhne zahlen.«

Ein weiteres Thema für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften seien gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, sagt der DGB-Bezirksvorsitzende. »Überall im Land müssen die Menschen einen handlungsfähigen Staat und funktionierende Infrastruktur erleben. Das hat auch etwas mit dem Vertrauen in die Demokratie zu tun. Sie brauchen eine Wohnungspolitik, die das Dach überm Kopf nicht zum Luxus werden läßt, und eine Verkehrspolitik, die Wege zu Arbeit, Kita und Schule, Einkaufen und Arztpraxis praktikabel macht.

Gerade die Jugend braucht gute Bildung und Ausbildung, damit sie eine Perspektive in Brandenburg hat.«

Eine besondere Herausforderung sieht der Gewerkschaftsbund beim Strukturwandel in der Lausitz: Landes- und Bundespolitik müßten qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für die Zeit nach der Kohle durchsetzen. 8000 Arbeitsplätze seien direkt und 20.000 indirekt betroffen.

»Die Lausitz steht zum zweiten Mal in drei Jahrzehnten vor einem massiven Strukturwandel. Dabei muß es dieses Mal gerecht zugehen.«

Der DGB Berlin-Brandenburg ist der Dachverband seiner acht Mitgliedsgewerkschaften und ihre landespolitische Interessenvertretung in der Region. Er vertritt über 160.000 Gewerkschaftsmitglieder in Brandenburg.

Das DGB-Papier »Stadt – Land – Fair« finden Sie unter <https://tinyurl.com/y6ey23of>.

NINA LEPSIUS

<http://www.berlin-brandenburg.dgb.de>

Panketal:

Dransebrücke reparieren

Wir fordern die zeitnahe Instandsetzung der Panketaler Dransebrücke. Seit November vergangenen Jahres ist die Dransebrücke in Zepernick gesperrt. Sie ist eine wichtige Verbindung von Röntgental nach Zepernick. Insbesondere von Schulkindern und Passanten zum S-Bahnhof Zepernick wird sie intensiv genutzt.

Die Brücke war durch Vandalismus beschädigt worden. Nach einer behelfsmäßigen Reparatur wurde sie erneut beschädigt. Es zeigt sich, daß seinerzeit am falschen Ende gespart worden ist und die Brücke komplett saniert bzw. erneuert werden muß. Nach über drei Monaten ist von Seiten der Gemeindeverwaltung nichts passiert. Noch nicht einmal mit dem Planungsprozeß wurde begonnen.

Die stellt aus Sicht von BVB/Freie Wähler eine falsche Schwerpunktsetzung dar. Wir fordern die umgehende Sanierung der Dransebrücke, um diese noch während des laufenden Schuljahres wieder nutzbar zu machen.

TOBIAS HERRMANN,
Gemeindevertreter Panketal

»Den Rechtsstaat endlich durchsetzen!«

Dokumentation über rechtswidrige Bescheide des BAMF, rechtswidrige Abschiebungen, rechtswidrige Anordnung und Vollstreckung von Abschiebehäft und rechtswidrige Angriffe auf das Kirchenasyl*

Mit dem Ruf nach dem Rechtsstaat, der endlich durchgesetzt werden müsse gegen die »Herrschaft des Unrechts« (Seehofer), ist das Wort »Rechtsstaat« zum Knüppelwort geworden. Zu einem Knüppel gegen »die da oben« und gegen die ganz unten, die bei uns Schutzsuchenden. Wer da so schreit und knüpelt, das sind nicht nur die Einheber der AfD und Neonazis, sondern auch die Parteispitzen der CSU, angeführt vom damaligen bayerische Ministerpräsidenten und aktuellen Bundesinnenminister Seehofer und sekundiert von seinem Nachfolger in der bayerischen Staatskanzlei Söder, der ja in flotter Rede den »Asyltourismus« ins Gespräch gebracht hat. Aber auch Seehofers Vorgänger im Innenministerium, der dienstbeflissene und geschmeidiger auftretende Herr de Maiziere hat sich im Kampf gegen das Kirchenasyl dieses wohlfeilen Arguments, von der dringenden Notwendigkeit der Durchsetzung des Rechtsstaats, bedient.

Bei näherer Analyse wird allerdings sehr rasch deutlich, daß sich der Knüppel, den sie schwingen, als Bumerang erweist.

Wer den Rechtsstaat durchsetzen möchte, müßte vor allem gegen die behördlichen Rechtsbrüche vorgehen. Den Rechtsstaat durchsetzen heißt: Schluß mit rechtswidrigen Bescheiden aus dem BAMF, in denen Flüchtlingen die Anerkennung ihres korrekten Status verweigert wird! Schluß mit unrechtmäßiger Anordnung und Durchführung von Abschiebungen! Schluß mit der rechtswidrigen Anordnung und Vollstreckung von Abschiebehäft!

Den Rechtsstaat durchsetzen heißt auch: Das Kirchenasyl respektieren und mit der rechtswidrigen Gleichsetzung von Aufenthalt im Kirchenasyl und Untertauchen, der Kriminalisierung des Kirchenasyls aufzuhören! Die Gewährung von Kirchenasyl ist keine Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt!

Seit dem 1. August hat das BAMF die Verfahrensweise, die 2015 zwischen den beiden großen christlichen Kirchen und dem BAMF vereinbart war, einseitig verändert und erklärt, daß es künftig die Fälle von Kirchenasyl, in denen es der in den Dossiers von den Kirchengemeinden vorgelegten Argumentation, daß ein besonders gravierender Fall von humanitärer Härte vorliege, nicht folgen könne, als Untertauchen werte und die Überstellungsfrist auf achtzehn Monate ausdehnen werde. Damit wird das Kirchenasyl mit dem Untertauchen gleichgesetzt. Das bedeutet auch, das sich die Unterstützer des Kirchenasyls der Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt schuldig machen und sich der Strafverfolgung aussetzen. Allerdings widersprechen viele Gerichtsentscheidungen dieser Gleichsetzung und erblicken in der Gewährung von Kirchenasyl keine Straftat und lehnen auch die Ausdehnung der Überstellungsfrist auf 18 Monate als rechtswidrig ab.

Kurze Dokumentation

1. Süddeutsche Zeitung (SZ), 15.1.2018: Gerichte kassieren viele abgelehnte Asylanträge

»Knapp die Hälfte aller Flüchtlinge, die gegen die Ablehnung ihres Asylantrags klagen, haben vor Gericht Erfolg. Gut 44 Prozent aller Verfahren vor den Verwaltungsgerichten, die inhaltlich entschieden werden, enden zugunsten der Flüchtlinge. Sie erhalten Schutz als Asylberechtigte oder gemäß der Genfer Konvention. Man spricht von der bereinigten Schutzquote, sie berücksichtigt allein inhaltliche Entscheidungen, keine formalen. Sie ist bei Syrerern und Afghanen deutlich höher als bei anderen Gruppen. 69 und 61 Prozent haben von ihnen Erfolg... Unter denen, die vor Gericht Erfolg haben, sind sehr viele Flüchtlinge, die sich mit ihrem subsidiären Schutzstatus nicht abfinden und eine Anerkennung als Flüchtlinge wollen. Das sind vor allem Syrer: Sie obsiegten in durchschnittlich 70 Prozent der Fälle – in erster Instanz. Das BAMF geht allerdings regelmäßig in Berufung und hatte bislang in zweiter Instanz wiederum oft Erfolg. Wichtig ist der Status für den Familiennachzug.«

2. SZ, 11.1.2019: Falsch entschieden – Rechtswidrige Abschiebungen und fehlerhafte Asylbescheide – immer wieder passieren Fehler

»Weiterhin werden viele Asylbescheide des Asylbundesamts (BAMF) von Gerichten korrigiert – zugunsten der Flüchtlinge. Knapp ein Drittel der Klagen, die nach einer inhaltlichen Prüfung von Richtern entschieden wurden, endeten in den ersten drei Quartalen 2018 mit Erfolg für die Flüchtlinge... Bei Afghanen liegt die Quote sogar bei gut 58 Prozent... Insgesamt erhielten von Januar bis September 2018 laut Bundesregierung rund 28 000 Flüchtlinge doch noch einen Schutzstatus, den ihnen das BAMF zunächst verweigert hatte.« »Neun Flüchtlinge seien 2018 bis Ende November rechtswidrig abgeschoben worden, teilte die Bundesregierung mit.«

3. SZ, 11.1.2019: Eine Decke aus Angst

»Knapp ein Drittel aller abgelehnten Asylanträge, über die Verwaltungsgerichte in den ersten neun Monaten inhaltlich entschieden haben, waren nicht korrekt, im Jahr davor waren es sogar rund 40 Prozent... Warum sind so viele falsch? Warum kümmert diese Fehlerquote kaum jemanden in Politik und Öffentlichkeit?«

4. SZ, 28.1.2019: Auch Abgelehnte haben Rechte. Während die Politik über strengere Regeln debattiert, lassen Asylexperten die Zahlen sprechen. Hunderte ausreisepflichtiger Flüchtlinge saßen in den vergangenen Jahren zu Unrecht in Abschiebehäft

RA Peter Fahlbusch hat seit 2001 exakt 842 Mandanten vertreten, die in rechtswidriger Abschiebehäft saßen. Die unrechtmäßig verhängten und vollstreckten Hafttage addieren sich auf 22077 Tage, das sind mehr als 60 Jahre.

Johanne Schmidt-Räntsch, Richterin am Bundegerichtshof (BGH), stellt fest: »Haftentscheidungen der Amtsgerichte hätten sich bei einer

BGH-Prüfung in einem bemerkenswerten Umfang als rechtswidrig erwiesen.« Das schrieb sie 2014.

»Seit 2015 beschäftigte man (der BGH) sich mit 301 Abschiebehäftfällen; davon verwies der BGH 13 Prozent zurück an die Landgerichte, um nachzubessern; 99 Fälle entschied er selbst: Hier wurde in der Regel die Haftanordnung für rechtswidrig erklärt. Fast jeder dritte Fall also.«

5. SZ, 12.12.2017: Minister kritisiert Kirchenasyl. Zahlen liegen »höher als erwartet«, klagt Thomas de Maiziere

»Die ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche wies Kritik de Maizieres zurück: Kirchenasyle machten nur einen geringen Anteil aller neuen Asylfälle aus... von Januar – Oktober (2017 habe es) insgesamt 1270 Fälle von Kirchenasyl gegeben, zum Teil für mehrere Personen...«

6. Gemeinsame Stellungnahme der evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz, Gemeinsame Pressemitteilung, Nr. 128/2018 zur Durchsuchung von fünf Kirchengemeinden

7. Gerichtsentscheidungen zur Überstellungsfrist im Kirchenasyl VGH Bayern, Beschluß vom 16.05.2018 – 20 ZB 18.50011 – Asylmagazin 9/2018, S. 320 – asyl.net: M26421: 1. Die Verlängerung der Überstellungsfrist von sechs auf 18 Monate kann nicht auf eine analoge Anwendung des Art. 29 Abs. 2 S. 2 Dublin-III-VO gestützt werden, wenn der Aufenthaltsort der im Kirchenasyl befindlichen Person mitgeteilt wurde und dem BAMF folglich bekannt ist. 2. Die betroffene Person gilt in einem solchen Fall nicht als »flüchtig« i.S.d. Art. 29 Abs. 2 S. 2 Dublin III-VO.

VG Trier, Beschluss vom 16.10.2018 – 7 L 5184/18.TR – asyl.net: M26662: Keine Verlängerung der Überstellungsfrist im Dublinverfahren bei Kirchenasyl auch nach Änderung der Verfahrensregeln: Im Kirchenasyl befindliche Asylsuchende sind nicht flüchtig im Sinne der Dublin III-Verordnung. Die Überstellungsfrist verlängert sich nicht auf 18 Monate. Das Gericht führt in diesem Zusammenhang zum Kirchenasyl aus: »Der Staat ist weder rechtlich noch tatsächlich daran gehindert, die Überstellung durchzuführen. Er verzichtet vielmehr bewußt darauf, sein Recht durchzusetzen. Es existiert kein Sonderrecht der Kirchen, aufgrund dessen die Behörden bei Aufnahme einer Person in das Kirchenasyl gehindert wären, eine Überstellung durchzuführen und hierzu gegebenenfalls unmittelbaren Zwang anzuwenden... Eine in der Sphäre des Antragstellers liegendes Hindernis für den Vollzug der Rücküberstellung, wie insbesondere im Fall der Flucht, ist nicht gegeben.«

HARTMUT LINDNER

*Dieser Dokumentation liegt keine umfassende Recherche zugrunde, sondern die mehr oder weniger zufällige Sammlung von Berichten in der Süddeutschen Zeitung. Eine systematische Auswertung der Berichterstattung, der amtlichen Dokumentation und vor allem der Anfragen der Abgeordneten Ulla Jelpke (Linke) wäre wünschenswert.

Barnimer Bürger-Asyl:

Menschen vor Abschiebungen schützen

55 Menschen aus dem Landkreis Barnim erklären sich öffentlich bereit, Geflüchtete vor Abschiebungen zu schützen. Sie unterschrieben die Erklärung des Barnimer Bürger-Asyls. Unterzeichnet haben z.B. Handwerkerinnen, Lehrer, Ärztinnen, Studierende und Rentner aus verschiedenen Orten im Barnim und alle sind sich einig: Niemand flüchtet freiwillig. Menschen flüchten vor Krieg, Verfolgung und Armut.

Doch täglich werden Geflüchtete abgeschoben. Zuerst sollen sie auf Grund der Dublin-Verordnung in das Land, in dem sie zum ersten Mal in Europa registriert wurden, zurück - ungeachtet der dortigen teilweise katastrophalen (Über-)Lebensbedingungen. »Das Dublin-System ist ungerecht und menschenverachtend. Leute, die neu hier ankommen, müssen in den ersten Monaten ständig eine Abschiebung fürchten. Sie leiden unter dieser Angst und diesem Streß, anstatt sich hier einleben und sicher fühlen zu können. Ziel von Bürger-Asyl ist deshalb ein entschlossenes Zeichen gegen diese unmenschliche Abschiebep Praxis zu setzen«, erklärt Fania Taeger, eine Aktivistin der Initiative. Das Bürger-Asyl kann helfen, die Dublinfrist zu überstehen, damit Deutschland für das Asylverfahren zuständig wird.

Wird der Asylantrag abgelehnt, droht die Abschiebung ins Herkunftsland. Hier soll das Bürger-Asyl die konkrete Abschiebung verhindern, um dann gemeinsam nach einem Weg für eine Bleibeperspektive zu suchen. Die Prüfung des Asylantrags wird immer schneller und sehr oft fehlerhaft durchgeführt. 2018 war jede dritte Klage gegen die Asylablehnung erfolgreich. »Wir maßen uns gar nicht an, zu entscheiden, wel-

che Fluchtgründe relevant und welche Herkunftsländer angeblich sicher sind. Die Menschen, die wir kennengelernt haben, hatten Folter und Verfolgung erlebt, ihre Asylanträge wurden trotzdem oft abgelehnt. Wir akzeptieren dieses System nicht.« so Fania Taeger. Die Initiative hat bereits mit ihrer Arbeit begonnen und mehrere Personen, darunter eine Familie, vor einer Abschiebung geschützt. Dabei sieht sie ihre Arbeit als Ergänzung zum Kirchenasyl und zu den solidarischen Strukturen zwischen Geflüchteten.

Konkret stellt Bürger-Asyl Wohnraum zur Verfügung und unterstützt finanziell und praktisch, beispielsweise durch Begleitung bei Ämtergängen oder ärztlichen Untersuchungen. Die Barnimer Initiative ist die erste in Brandenburg, sie ist mit den anderen Bürger-Asylgruppen bundesweit vernetzt und hofft auf eine Verbreitung der Idee und weitere Unterstützerinnen und Unterstützer.

PHILIPP GRUNWALD

Informationen: www.b-asyl-barnim.de, Kontakt: buergerinnenasyl-barnim@systemli.org
Spendenkonto: Barnim für alle
IBAN: DE78 1705 2000 1110 0262 22
Sparkasse Barnim, Verw.zweck: Bürgerinnen-Asyl

Hintergrund: Die drastische Verschärfung der deutschen und europäischen Asylpolitik der letzten Jahre scheint weiter ihren Lauf zu nehmen. Immer mehr Menschen wird es unmöglich gemacht, die Mauern der Festung Europa zu überqueren. Gleichzeitig ist Deutschland an Kriegen beteiligt, deutsche Firmen verkaufen Waffen an Kriegsparteien und die deutsche Wirtschaft profitiert von Ausbeutung und Zerstörung im globalen Süden. Den Menschen, denen es nach langer und lebensgefährlicher Flucht dann doch gelingt, in die BRD zu kommen, droht die Abschiebung in sogenannte sichere Herkunftsstaaten oder in die Länder der Außengrenzen Europas.

Abschiebung ist tödlich oder lebensgefährlich! Nach dem Abschiebe-Charterflug der Bundesregierung nach Afghanistan am 3.7.2018 mit 69 Abgeschobenen an Bord nahm sich der 23-jährige Jamal Nasser Mahmoudi das Leben. Am 1.3.2018 starb Lamine Condeh an Leberkrebs, nachdem seine Dublin-Abschiebung aus Passau nach Italien die notwendigen medizinischen Behandlungen unmöglich gemacht hatte. In Lobetal bei Bernau sprang ein Geflüchteter im Frühjahr 2017 in Panik aus dem Fenster, als ein Mitbewohner abgeschoben wurde. Er stürzte durch ein Glasdach und verletzte sich schwer. Das sind keine Einzelfälle, sondern nur einige Beispiele.

Auch die Abschiebungen nach dem »Dublin-Akommen« in andere europäische Länder sind unmenschlich: Wegen der Bedingungen in vielen der betreffenden Länder und/oder weil von

dort Abschiebungen in die Herkunftsländer und damit in Folter und Verfolgung drohen. Deshalb gründen sich seit 2016 bundesweit Initiativen für Bürgerasyl, die abschiebebedrohten Menschen Schutz gewähren.

Im Landkreis Barnim hat es 2017 mindestens 31 Abschiebungen gegeben. Zudem gab es 68 Abschiebeversuche. Wir fordern: Keine Abschiebungen aus dem Barnim! Wir stehen ein für globale Bewegungsfreiheit, für das Recht zu gehen und das Recht zu bleiben, weltweit!

Als Barnimer Bürger-Asyl schließen wir uns anderen Initiativen an. Wir wollen von Abschiebung bedrohten Menschen Asyl gewähren. Wir werden Zufluchtsorte schaffen und notfalls die Menschen verstecken, die in Krieg, Verfolgung und Not zurückgeschickt werden sollen.

Dabei stellen wir uns an die Seite der Freunde und Verwandten abschiebebedrohter Menschen, die diese bei sich aufnehmen und so vor Abschiebung bewahren, und an die Seite mutiger Kirchengemeinden, die auch im Barnim schon seit Jahren geflüchteten Menschen Asyl gewähren. Wir verstehen das Bürger-Asyl dabei als notwendige Ergänzung.

Das Barnimer Bürger-Asyl ist bewußt nicht gemein. Sein Sinn und Zweck ist politisch.

Jede und jeder kann in unserer Initiative eine passende Aufgabe übernehmen und auf verschiedenen Wegen eine Gesellschaft mitgestalten, in der alle Menschen willkommen sind. Sei es durch Unterschreiben, konkrete Hilfestellung, Unterkunft oder durch Spenden.

Infos: www.b-asyl-barnim.de

Nochmal Demmin

Eberswalde (bbp). In der vorigen Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« informierten wir über den Dokumentarfilm »Über Leben in Demmin«. In Demmin hatten sich nach dem Einmarsch der Roten Armee am 30. April 1945 hunderte Menschen das Leben genommen. Der Film beschäftigt sich mit dem aktuellen Mißbrauch durch Neonazis und holt verdrängte Erfahrungen Beteiligter aus deren Kindheit ans Licht.

Unser Leser Heiko Haase machte die Redaktion darauf aufmerksam, daß der Film zwar viele verdrängte Fakten aus dem Verborgenen holt, aber auch viel Bekanntes verschweigt. So war Demmin eine faschistische Hochburg. Viele Fremdarbeiter wurden hier ausgebeutet, gequält. Mindestens hundert von ihnen starben an den katastrophalen Lebensbedingungen. Überlebende berichteten der Roten Armee nach deren Einmarsch davon.

Die deutsche Armee hatte beim Rückzug die zwei einzigen Peenebrücken gesprengt. So steckten tausende Flüchtlinge in der Stadt fest. Aber auch die Truppen der Rote Armee konnten nicht weiter und stauten sich in der Stadt.

Eine kampflose Übergabe der Stadt war verhandelt worden, doch fanatische Nazis beschlossen die einmarschierenden Truppen. Der Apotheker Müller hatte sowjetische Offiziere zu einer Siegesfeier eingeladen und sie sowie sich und seine Familie dabei absichtlich vergiftet. Zu berücksichtigen ist auch, daß Hitler gerade Selbstmord begangen hatte und Göring über Radio alle Deutschen zum Selbstmord aufgefordert hatte. So waren es mehrere Faktoren, die Anfang Mai 1945 zu der brisanten Situation führten. Die gut gefüllte Schnapsbrennerei, aus der sich die Truppen zur Mai-Feier bedienten, sorgte für zusätzliche Enthemmung.

Was Vergewaltigungen im Krieg angeht weist Heiko Haase auf das vor wenigen Jahren erschienene Buch von Miriam Gebhard »Als die Soldaten kamen« hin. Die Autorin spricht nach sorgsamer Recherche von insgesamt 860.000 vergewaltigten Frauen in Deutschland, davon 270.000 durch amerikanische, englische und französische Truppen. Dabei sind 10 Millionen sowjetische Soldaten im Verhältnis von über 4 Millionen US-Amerikanern, Engländern, Franzosen zu betrachten. Im statistischen Vergleich kam demnach auf einen sowjetischen Soldaten 0,059 Vergewaltigungen, auf einen Soldaten der Westalliierten hingegen 0,0675 – also eine etwas höhere Quote. Es gab also kaum Unterschiede. Über den Umgang der deutschen Soldaten mit den Frauen und Mädchen der eroberten Länder gibt es keine vergleichbaren Statistiken. »In der Rückschau haben aber natürlich nur die 'Russen' vergewaltigt. Und mit dem Film zu Demmin«, meint Heiko Haase, »wird diese Legende fortgeschrieben und gleichzeitig Haß gegen Rußland geschürt. Glaube keiner an Zufall... Die Propagandamaschine des Westens im Kalten Krieg hat nie aufgehört zu laufen, sie läuft heute schneller und perfider denn je.«

Burn-out

Burn-out ist ein noch sehr junges Phänomen, es wurde zum ersten Mal in den 1970er Jahren beschrieben. Dem amerikanischen Psychologen Herbert Freudenberger fiel auf, daß viele junge, vormalis hochmotivierte Mitarbeiter schon nach wenigen Arbeitsjahren »ausgebrannt« waren und deshalb nur noch abgestumpft ihre Arbeit verrichteten. Immer breitere Bevölkerungsschichten sind von diesem Phänomen betroffen.

Heute versteht man unter Burn-out *negative Folgen der beruflichen (Über-) Beanspruchung, die mit Erschöpfung, innerer Distanzierung und Leistungsabfall einhergehen*. Häufig besteht der Grund darin, daß die Arbeitszeiten und die Interessen der Familie nicht in Einklang zu bringen sind. Häufig trifft das Burn-out-Syndrom Menschen mit Leistungswillen und Idealismus, die ihre Arbeit engagiert und zielorientiert erfüllen. Allerdings müssen diese Menschen schnell feststellen, daß erwartete Erfolge und Anerkennung für Geleistetes oft ausbleiben. Somit werden berufliche Mißerfolge als *persönliche Niederlagen* erlebt, die mit der Zeit das *Selbstwertgefühl* des Einzelnen stark *negativ beeinträchtigen*. Weiter mögliche Faktoren sind u.a. hohe Arbeitsbelastung, schlechte Arbeitsbedingungen, Zeitdruck, schlechtes Betriebsklima, Nachtarbeit, Schichtarbeit, die wachsende Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Weiterhin spielen die Neigung zu Ängstlichkeit eine Rolle, auch besonders empfindliche Menschen haben ein höheres Risiko an Burn-out zu leiden.

Von der Weltgesundheitsorganisation wird Burn-out bisher nicht als Krankheit anerkannt, da man sich noch nicht über die genauen Symptome einig werden konnte und es somit keine genaue Definition gibt. Die Wissenschaft ist sich allerdings einig, daß es eine enge Verwandtschaft zum Erschöpfungssyndrom und auch zur Depression gibt.

Als Anzeichen eines Burn-out-Syndroms gelten: 1.) Zunahme der Überstunden und damit der Erschöpfung, 2.) damit einhergehende Reduzierung der sozialen Kontakte, 3.) erhöhte Reizbarkeit, 4.) Abnahme von Motivation und Kreativität, 5.) Schmerzen, 6.) Schlafstörungen, 7.) wenn keine Erholung in der Freizeit mehr möglich ist, 8.) Gefühle von Sinnlosigkeit und/oder 9.) eine negative Lebenseinstellung.

Dies führt letztendlich dazu, daß auch familiäre Schwierigkeiten entstehen, die wiederum oftmals mit einem wachsenden Alkohol-, Nikotin- und Kaffeekonsum einhergehen. Oftmals werden auch Selbstbehandlungsversuche mit Beruhigungsmitteln, Schlafmitteln oder Schmerzmitteln unternommen.

Der zertifizierte Burn-out-Berater wird mit dem Betroffenen dessen Situation durchgehen und daraus resultierend mögliche Lösungswege aufzeigen. Hierbei kommen eine Vielzahl von Methoden in Betracht.

FALK HINNEBERG (www.hinneberg.info)

Sanitätshaus statt Ärztehaus

Eberswalde (bbp). »All meine bisher getätigten Informationen zum fast täglich sehr stark nachgefragten Projekt in der Frankfurter Allee waren wasserdicht und haben sich zu fast 100 Prozent bewahrt«, verkündete der aus dem Brandenburgischen Viertel stammende Stadtverordnete CARSTEN ZINN, nachdem die lokale Tageszeitung (MOZ, 19.02.2019) über den begonnenen Bau eines Sanitätshauses auf dem Gelände der früheren EDEKA-Kaufhalle an der Frankfurter Allee berichtete.

Indes, ganz so neu sind die Informationen indes nicht. Das Kiezmagazin MAXE (www.maxe-eberswalde.de) hatte bereits am 25. Januar über die »Bewegung an der Frankfurter Allee« informiert. Damals hatten die Erbauer gerade damit begonnen, das an dieser Stelle in 15 Jahren Brache aufgewachsene kleine Wäldchen abzuholzen. Die Ergebnisse der Recherche, u.a. bei der städtischen Baudezernentin ANNE FELLNER, faßte MAXE-Redakteur JÜRGEN GRAMZOW, der häufig auch für die »Barnimer Bürgerpost« schreibt, zu einer Meldung zusammen, von der der Stadtverordnete offenbar nicht Kenntnis genommen hatte.

Das Kiezmagazin MAXE erinnerte im übrigen daran, daß vor drei Jahren seitens der ALTERNATIVEN LISTE EBERSWALDE (ALE) das gleiche Gelände schon der GLG anempfohlen hatte, das damals auf der Suche nach einem Baugrundstück für ein Ärztehaus war. Die ALE empfinde mit Genugtuung, daß die damalige Idee nun vom Sanitätshausbetreiber Lars Koepepe aufgegriffen wurde.

Lärmschutz entlang der Autobahn A11

Aufgrund des zunehmenden Verkehrs beschwerten sich immer mehr Bernauer über Lärmbelastigungen insbesondere in den Nachtstunden. Nicht selten kommt es dabei zu gesundheitlichen Beschwerden. Schon im vergangenen Jahr habe ich mich im Landtag ans Infrastrukturministerium mit der Forderung nach einer Verlängerung der Wände gewandt. Ministerin Schneider lehnte dies unter Berufung auf den Planfeststellungsbeschluß aus dem Jahre 2000 ab.

Seitdem sind die Verkehrszahlen gestiegen. Auch wenn die letzte, vor vier Jahren vorgenommene Messung den Grenzwert an PKW und LKW noch nicht überschreiten mag, so sind doch folgende Aspekte zu berücksichtigen. Aufgrund der an manchen Stellen dichten Bebauung und der mitunter erhöhten Lage der A11 trägt der Schall weit in die Wohngebiete hinein. Zudem ist aufgrund der neuen Wohngebiete in der Stadt mit einer weiteren Zunahme zu rechnen.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß der Stadt als Veranlasser der veränderten Bebauungsplanung auch eine Mitverantwortung zukommt.



Das Baugelände an der Frankfurter Allee ist planiert. Bald kann die Bodenplatte gegossen werden.

Traurig mache hingegen die Information, wonach Verhandlungen des Investors mit den Eigentümern des Einkaufszentrums »Heidewald« über eine Konzentration seiner Angebote im EKZ »sehr mühsam« waren und letztlich scheiterten. Dort scheint keinerlei Wille vorhanden zu sein, dem zunehmenden Leerstand des einstigen Vorzeigobjekts im Zentrum des Viertels irgend etwas entgegenzusetzen.

Hier wäre, so die ALE, ein Blick ins Grundgesetz angebracht, dessen Artikel 14 davon spricht, daß »Eigentum verpflichtet« und wie im Falle von Enteignungen zu verfahren ist. Wer sein Eigentum derart verwaarloosen läßt, sei nicht würdig, es zu behalten.

In Berlin hat kürzlich eine Volksinitiative begonnen, mit der die großen Wohnungsgesellschaften, die für extreme Mietsteigerungen und Wohnungsnot in Berlin verantwortlich gemacht werden, enteignet werden sollen. Ähnliches wäre wohl auch im Falle des »Heidewald« angebracht.



Deswegen sieht der Antrag der Bernauer Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler vor, die Erstellung einer neuen Lärmbelastungsanalyse einzufordern, bei der auf die veränderten Bedingungen eingegangen wird. Ebenso sollen die Vorhabenträger neuer Wohngebiete stärker in die Pflicht genommen werden.

Zugleich wurde eine Unterschriftensammlung entlang der A11 gestartet. Die betroffenen Anwohner sollen so die Möglichkeit bekommen, ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen.

PÉTER VIDA

Eine Stimme für die Stadtbäume

Bäume sind aus keiner Stadt wegzudenken. Ihre Qualitäten sind nicht zu ersetzen. Eine Buche mit einer 15 Meter breiten Krone kann eine Fläche von der Größe eines Volleyballfelds beschatten.¹ Bäume kühlen ihre Umgebung aber nicht nur dadurch, daß sie Schatten spenden. So verdunstet ein ausgewachsener Laubbaum an heißen Sommertagen 400 Liter Wasser.¹ Zudem haben Bäume einen reinigenden Effekt auf die Stadtluft: Eine hundertjährige Buche beispielsweise bindet nicht nur eine Tonne Staub im Jahr, sondern gibt auch jede Stunde so viel Sauerstoff ab, wie fünfzig Menschen in dieser Stunde zum Atmen brauchen.^{1,2} Stadtbäume schaffen somit ein angenehmes Mikroklima in Eberswalde.

Eine Stadt ist aber kein optimaler Lebensraum für einen Baum. Oft ist der Boden so stark verdichtet, daß die Wurzeln der Bäume nicht ausreichend wachsen können, um ihre Wasser- und Nährstoffversorgung sicherzustellen. Zudem sind Bäume Stoffeinträgen ausgesetzt, beispielsweise durch Streusalz oder Hunde-Urin. Durch die voraussichtlich immer häufiger auftretenden Extremwetterereignisse gelangen sie außerdem zunehmend unter Streß. Aus diesen Gründen sind Stadtbäume in ihrer Vitalität gefährdeter als Waldbäume.

Für Stadtbäume ist daher eine fachgerechte Baumpflege sehr wichtig. Mit der Zeit sammeln sich zum Beispiel tote Äste in den Baumkronen, die fachgerecht entfernt werden müssen, um ein Hinabstürzen zu verhindern. Auch gesunde Äste müssen geschnitten werden, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Einen Ast abzuschneiden bedeutet jedoch für den Baum genau dasselbe wie für uns Menschen: eine offene Wunde. Diese wird zur Eintrittsstelle von Pilzen und Bakterien, die den Baum auf lange Sicht zum Absterben bringen können. Daher sind qualifizierte Maßnahmen und eine professionelle Pflege für die Bäume in Eberswalde essentiell.

Die Bedeutung der Eberswalder Stadtbäume wie auch die Branche der qualifizierten Baumpflege sind in der Öffentlichkeit allerdings wenig bekannt. Es fehlt zudem eine staatlich anerkannte Ausbildung in der Baumpflege. Wissen und qualifizierte Fortbildungen im Bereich der Baumpflege sind teuer zu erwerben, gleichwohl sie keine Voraussetzung für die Tätigkeiten in diesem Arbeitsfeld sind.

Aufgrund dieser Umstände hat sich im Oktober 2018 das BAUMPFLIEGEFORUM EBERSWALDE gegründet. Hierbei handelt es sich um ein offenes Forum von Studierenden, Baumpflegerinnen und Baumpfleger sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Der Kenntnisstand der Teilnehmer ist hierbei ganz unterschiedlich; doch jeder kann einen Teil beitragen und gemeinsam mit anderen Neues erlernen. Das Forum soll Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch bieten; es möchte sich für eine qualifizierte Baumpflege in Eberswalde und Umge-

bung einsetzen. Darüber hinaus soll die Bevölkerung über die besondere Bedeutung der Eberswalder Stadtbäume informiert werden.

In Zukunft möchte das BAUMPFLIEGEFORUM darüber hinaus eine beratende Funktion für die Stadt Eberswalde und seine Bürgerinnen und Bürger innehaben. Es sollen Aktionen für Kinder und Jugendliche geplant werden, um auch ihnen die Bäume näherzubringen. Innerhalb des Forums sollen außerdem Gastdozenten eingeladen und Exkursionen unternommen werden. Für Studierende wiederum bietet das BAUMPFLIEGEFORUM Eberswalde gute Möglichkeiten, mehr über Baumpflege zu lernen und theoretisches Wissen mit praktischen Erfahrungen aus der Branche zu verknüpfen. Interessierte Bürgerinnen, Bürger und Studierende können sich im Baumpflegeteam über Baumpflege informieren und neue Erkenntnisse über Verkehrssicherungsmaßnahmen, das Beurteilen von möglichen Gefahrenbäumen und die Vitalität von Einzelbäumen gewinnen.

Das BAUMPFLIEGEFORUM versteht sich als Plattform für Interessierte, die sich darüber hinaus in die Bereiche Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit sowie in regionalpolitische Diskussionen einbringen möchten.

Das BAUMPFLIEGEFORUM trifft sich im zweiwöchentlichen Rhythmus in Eberswalde. Bei den bisherigen Treffen wurde beispielsweise über fachgerechte Schnittmaßnahmen, über den Wundverschluß des Baumes und über Fäulen gesprochen. Dafür haben Mitglieder Stammscheiben und anschauliche Holzblöcke mitgebracht. Außerdem wurden an Stammabschnitten Bohrungen mit dem Resistographen durchgeführt. Bei diesem Vorgang wird eine dünne Nadel in den Stamm gebohrt und dabei der Widerstand gemessen. Anhand des Widerstandes kann schließlich die Dichte des Holzes bestimmt werden. In der Praxis lassen sich dadurch hohle oder von Fäule befallene Bäume bestimmen. Außerdem wurde diskutiert, wie das Forum in Eberswalde etabliert werden kann und welche Möglichkeiten bestehen, sich für die Bäume einzusetzen.

Im Vordergrund des Handelns des BAUMPFLIEGEFORUMS Eberswalde stehen jedoch die Eberswalder Stadtbäume. Diese Bäume sind ein Teil von Eberswalde und verdienen es, daß man sich für sie einsetzt. Wenn Sie Interesse haben, am BAUMPFLIEGEFORUM EBERSWALDE mitzuwirken, oder wenn Sie Fragen dazu haben, können Sie sich gerne unter dieser E-Mail-Adresse melden: baumpflegeteam-eberswalde@posteo.org.

MARIE WOIDA

Literaturverzeichnis:

1 – Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Bundesverband e. V., »Bäume in der Stadt«, 2018. www.sdw.de/waldwissen/baeume-in-der-stadt/index.html. [Zugriff am 16.12.2018].

[2] »wasistwas«, www.wasistwas.de/details-natur-tiere/warum-werden-baeume-die-gruene-lunge-genannt-6451.html. [Zugriff am 16.12.2018].

Stellungnahme erwünscht

In ihrer ersten Ausgabe 2019 informierte die »Barnimer Bürgerpost« unter der Überschrift »Die Bäume müssen weichen...« über die Baupläne an der Pfeilstraße (BBP 1-2/2019). Wieder einmal sollen dafür Bäume verschwinden.

Anläßlich eines Besuches der damals neuen Baudezernentin Frau Fellner in der ehemaligen Freien Oberschule in Finow sprach sie sinngemäß zum Thema Stadtgrün und Bäume folgendes aus: *Eberswalde heißt nicht Waldstadt, weil Wald in der Stadt ist, sondern weil die Stadt im Wald ist!* Das bestimmt noch heute ihr Handeln und das der ihr unterstellten Mitarbeiter. Mit anderen Worten gesagt, wenn sich die Gelegenheit bietet, wie hier, wenn Bäume bei einem geplanten Neubau im Wege sind, müssen die eben weg! Hier wünschte ich mir mehr Einflußnahme und vor allem Kritik im Bauausschuß und in der StVV, das besonders von den Abgeordneten der Grünen, oder sind die gar nicht so grün? Eine Stellungnahme hierzu würde sicherlich nicht nur mich interessieren, sondern auch die Wähler, als ein Wahlbaustein für die bevorstehende Kommunalwahl.

BERND POMRAENKE

Radweg in Schönow

Wir machen weiter Druck in Sachen Radweg zwischen Friedenstal und Schönow entlang der Schönower Chaussee samt der an einigen Stellen fehlenden Beleuchtung. Wie erinnertlich, wurde ein entsprechender Antrag unserer Fraktion letztes Jahr abgelehnt.

Doch der Bedarf führt zu Bewegung. Die Stadtverwaltung will nun in den kommenden 2-3 Jahren den kompletten Ausbau zwischen Schönower Kreisverkehr und Autobahn vornehmen – einschließlich der Beleuchtung.



Foto: BVB/FREIE WÄHLER

Zugleich bleiben wir als BVB/Freie Wähler weiter am Ball. Wir fordern, daß die Maßnahmen priorisiert werden. Der erforderliche Grundstücksankauf kann nicht wieder solche zeitlichen Verzögerungen mit sich bringen wie im Falle der L31 nach Birkenhöhe/Birkholzau. Der Bedarf ist ganz klar gegeben. Schulkinder sowie Einwohner, die zum Einkauf mit dem Fahrrad fahren, nutzen die Strecke sehr oft. Die baulichen Maßnahmen sind im Interesse der Sicherheit dringend erforderlich.

Beim allgemeinen Wachstum der Stadt Bernau und den Ortsteilen müssen wir darauf achten, daß die verkehrliche Erschließung nicht zu kurz kommt. Deswegen machen wir trotz des Zwischenerfolges in der Sache weiter Druck.

PÉTER VIDA und TORSTEN NEITZEL

Eberswalde (bbp). Knapp 60 Leute kamen am 28. Januar ins Dietrich-Bonhoeffer-Haus im Brandenburgischen Viertel zur Vorstellung des Integrierten Entwicklungskonzepts für das Viertel, an dessen Fortschreibung derzeit das Berliner Stadtentwicklungsbüro S.T.E.R.N. arbeitet. Deren Mitarbeiterinnen PATRICIA BERNDT und UTE TRUTTMANN bestreiten zugleich das externe Quartiersmanagement. Neben Verwaltungsmitarbeitern, Stadtverordneten, Vertretern der Wohnungsunternehmen, des Sprecherrates »Soziale Stadt« und einiger sogenannter Träger waren auch etwa 20 Bürgerinnen und Bürger des Viertels vor Ort.

Der Abend begann mit einer Präsentation dessen, was mit den Mitteln aus dem Programm »Soziale Stadt« seit Anfang des Jahrtausends so alles umgesetzt wurde, wie es nach dem ursprünglichen Auslaufen des Programms vor knapp fünf Jahren weiterging und welche hervorragende Arbeit das Quartiersmanagement in alter und neuer Besetzung geleistet hat. Weihnachtsmarkt, Sommerfest, der Hundeauslaufplatz, die Mitarbeit der Schwärzeseeschule und nicht zuletzt die zum Teil erfolgreiche Aktivierung von Trägern und Bürgerschaft sind hierbei die Stichpunkte.

Der Bilanz folgte ein Ausblick auf die künftigen Projekte und Maßnahmen im Viertel. Im Fokus standen dabei insbesondere der aktuelle Rückbau von Wohnungen im Verantwortungsbereich der Wohnungsgenossenschaft, die zugleich einen anderen Teil ihres unsanierten Wohnungsbestandes im Viertel mittels beträchtlicher Investitionen deutlich aufwerten will. Ziel dieser Maßnahmen sei eine deutliche Verringerung der aktuellen Leerstandsquote. Das ist mit Abriß am leichtesten zu erreichen.

Das städtische Entwicklungskonzept hat darüber hinaus beispielsweise die Aktivierung, Um- bzw. Andersnutzung der infolge des Abrisses entstandenen Brachflächen im Fokus. Auf dem Programm stehen auch der Umbau von Teilen des Vereinshauses H15 – früher Kita »Spatzennest« – zur Nutzung als Kita (notabene!) sowie der Neubau einer Kita auf den Brachflächen der früheren Schwärzeseegrundschule und der Albert-Einstein-Gesamtschule. Auf dem Programm stehen weiterhin die Aufwertung des Potsdamer Platzes, ein Wegweisersystem für die vielen sozialen und kulturellen Einrichtungen im Kiez und schließlich auch die Idee, ein Logo für den Stadtteil zu entwickeln, um damit das negative Image des Viertels zu überwinden. Und vieles mehr...

Sodann hatten die Veranstaltungsteilnehmer Gelegenheit, sich an aushängenden Plakaten eingehender mit den Projekten vertraut zu machen und auf leeren Blättern spontan eigene Ideen einzubringen. Darunter beispielsweise Vorschläge, die Wohnungen vom Schwedter Typ künftig mit Küchen und WC mit Fenstern zu versehen und auf dem Potsdamer Platz einen großen Sandhaufen als Buddelfläche für Kinder aufzuschütten. Diese Bürgerbeteiligung wird in die Erarbeitung des Integrierten Entwicklungskonzepts des Brandenburgischen

Mitreden im Kiez?

Info-Abend zum Integrierten Entwicklungskonzept für das Brandenburgische Viertel



Foto: JÜRGEN GRAMKOW

Am 21. Februar beschloß der städtische Hauptausschuß bei einer Gegenstimme von Carsten Zinn (Unabhängiges Wählerbündnis) und drei Enthaltungen von Jürgen Wolf (Die Linke), Hardy Lux (DIE SPD) und Karen Oehler (B90/Grüne) mehrheitlich für den Finanzierungsvertrag zum Abriß in der Brandenburger Allee 27-35. Dem Wohnblock in der Cottbuser Straße fehlte zu diesem Zeitpunkt schon eine ganze Wand.

Viertels einfließen. Weitere Vorschläge brachte in der anschließenden Diskussion der frühere Ortsvorsteher CARSTEN ZINN ein. Es müsse »Feten geben, bei denen auch mal abgedanced werden kann«. Zinn kritisierte zudem die mangelnde Werbung für das Treffen und die ungünstige Uhrzeit für Alte und Berufstätige.

Anschließend ergriff MIRKO WOLFGRAMM von den Zonenboys Eberswalde das Wort. Er bedauerte, daß die Aktivitäten seines Vereins, der seit fast zehn Jahren im Viertel regelmäßig das »Völkerballturnier der Toleranz« veranstaltet, seitens des neuen Quartiersmanagements bisher nicht zur Kenntnis genommen wurden. Es gebe viele weitere Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger, die aber außerhalb der bestehenden Förderstrukturen offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen werden.

Um mehr Wirksamkeit zu erreichen, sagte Mirko Wolfram, engagiere er sich seit einiger Zeit nicht nur in verschiedenen Bürgerinitiativen, sondern auch in der Partei DIE PARTEI. Seit Frühjahr 2018 ist er der Vorsitzende des Eberswalder Ortsverbandes. Die PARTEI will mittels Satire auf bestehende Probleme hinweisen. »Ich bin mir allerdings keineswegs sicher«, so Mirko Wolfram, »inwieweit einige der heute vorgebrachten Vorschläge als Satire, oder doch vielmehr als schlechter Witz zu be-

zeichnen sind«. Konkret verwies er auf den Teilabriß und dem mit vielen Fördermitteln realisierten Umbau der einstigen Kita »Spatzennest« zum Vereinshaus, das »nun wieder zur Kita werden soll«. Ihm fehle auch »in Gänze die Einsicht, wie man vor einigen Jahren eine Schule abreißen konnte, nur um jetzt Schüler in einem Bankgebäude zu beschulen und festzustellen, daß auch dieser Platz künftig nicht reichen« werde. Wohnungsunternehmen, die heute Wohnungen abreißen, sollten daran denken, daß »die Kita-Kinder von Heute, die Schüler von Morgen und die Mieter von Übermorgen sein werden«. Der Abriß sei »die destruktivste Form des Umbaus und garantiert keine Aufwertung des Viertels«. Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger applaudierten, während sich Baudezernentin ANNE FELLNER zum Widerspruch genötigt sah. Sie polemisierte lautstark gegen Populismus und den Mißbrauch der Veranstaltung für Wahlkampf. Die nachfolgenden Redner folgten ihr nicht.

Ob sich die Kritik auch in dem künftigen Integrierten Entwicklungskonzept für das Brandenburgische Viertel wiederfindet, wird man sehen. Möglicherweise werden die Ergebnisse der Kommunalwahlen im Mai darauf Einfluß haben. Insofern war es vielleicht nicht das Schlechteste, diese Informationsveranstaltung auch für den »Wahlkampf zu mißbrauchen«.

Gute-Kita-Gesetz für Eltern und Erzieher

Eberswalde (spd). Das am 14. Dezember 2018 vom Bundestag und Bundesrat beschlossene Gute-Kita-Gesetz bringt bis 2022 insgesamt 165 Millionen Euro für Brandenburg. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke erklärte dazu: »Heute ist ein guter Tag für Kinder, Eltern und die Erzieherinnen und Erzieher in Brandenburg. Mit dem Gute-Kita-Gesetz haben die Länder nun die Möglichkeit, zu entscheiden, welche Schwerpunkte sie bei der Verbesserung der Qualität und der finanziellen Entlastung der Familien legen. Für Eltern mit kleinem Einkommen schaffen wir die Gebühren ab. Das bedeutet,

daß Familien, die etwa Kinderzuschlag oder Wohngeld erhalten, künftig nicht mehr für die Kitaplätze zahlen müssen. Darüber hinaus kann Brandenburg nun entscheiden, mit welchen Maßnahmen sie die Kinderbetreuung vor Ort verbessern: Zum Beispiel mit mehr Personal, längeren Öffnungszeiten, Gebührenfreiheit oder einer besseren Ausstattung. Ich freue mich sehr, daß ich als Parlamentarischer Staatssekretär aktiv mitarbeiten und verhandeln durfte und somit das erste Gesetz in meiner neuen Funktion auf den Weg gebracht habe. Jetzt haben wir mehr Geld für unsere Kinder. Der Koalitionsvertrag wirkt.«

Kriegshetze in der Tageszeitung

Am sogenannten »Tag der Verliebten« widmete sich die hiesige »Heimatzeitung« einmal mehr der hemmungslosen Kriegshetze. Auf Seite 3 der MOZ-Ausgabe vom 14. Februar gibt es drei Artikel.

Der eine zielt auf den Iran. Erinnert wird an das »Todesurteil« des Ayatolla Khomeini gegen den Verfasser der »Satanischen Verse« Salman Rushdie – wobei im Text immerhin auch darauf verwiesen wird, daß die Kampagne gegen Rushdie anfangs vor allem von saudi-arabischer Seite betrieben wurde, heute der engste Verbündete der USA gegen den Iran. Der Einfluß des Ayatolla reichte offensichtlich nicht weit, denn Rushdie ist auch 30 Jahre nach dem Todesurteil noch immer am Leben. Khomeini ging es damals nach dem verlustreichen Krieg gegen Irak wohl vor allem darum, innenpolitisch »Stärke« zu zeigen. Soweit geht die Analyse des MOZ-Autors freilich nicht. Vielmehr entfleucht ihm die dümmliche Aussage, daß die Einschränkung von Redefreiheit und Kritik »vielleicht ... wirklich eine notwendige Konsequenz für multikulturelle Gesellschaften« wäre. Thilo Sarrazin und Henryk M. Broder lassen grüßen. Dabei ist die Einschränkung von Redefreiheit und Kritik doch gerade das Gegenteil von multikulturell.

Im zweiten Artikel geht es um den Umgang mit Kriegsveteranen. Hier weiß die MOZ zu bemerken, daß die BRD »sich seit langem schwer

mit einer Erinnerungskultur (tut), die auch das Militärische einschließt«. Das Gedenken an die Teilnehmer am faschistischen Krieg sei eine »politisch heikle Angelegenheit«, kritisiert die MOZ, die offenbar die Nazihelden feiern will.

Im dritten Artikel geht es um Venezuela. Das zugehörige Foto zeigt eine blockierte Brücke bei Cúcuta an der venezolanisch-kolumbianischen Grenze. Damit verhindere die Regierung in Caracas »bislang humanitäre Hilfslieferungen von außen«, wie es in der Bildunterschrift heißt. Dabei ist längst bekannt, daß es sich hier um eine der »Fake News« im Propagandakrieg gegen Venezuela handelt.

Die Tageszeitung »Junge Welt« hatte schon am 8. Februar – also eine Woche vor dem Valentins-Artikel der MOZ – darüber berichtet, daß diese angeblich blockierte Brücke noch nie in Betrieb war. Mit dem 2013 begonnenen Bau der Brücke sollten zwei bestehende Grenzübergänge in der Nähe entlastet werden. Die 2016 fertiggestellte Brücke wurde aber nie eröffnet. Die einzigen regelmäßigen Nutzer waren Schmuggler, die nachts billiges Benzin aus Venezuela nach Kolumbien schafften. Deswegen die Sperrn.



Von einer »blockierten Brücke«, mit der die Regierung in Caracas Hilfslieferungen verhindern will, schreibt die MOZ und verschweigt, daß die Brücke nie offen war.

Ausgerechnet diese Schmuggelroute haben sich die humanitären Menschenretter um den Putschisten – pardon: »Interimspräsidenten« – Juan Guaidó ausgesucht, um ihre »Hilfslieferungen« über die Grenze zu bringen. Hier wird darauf spekuliert, daß solch ein illegaler Grenzübertritt auf Gegenwehr trifft und der provozierte Konflikt Handhabe für ein militärisches Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten gibt. Die angekündigten Aktionen waren einen Tag vor Drucklegung dieses Beitrags im Gange und der US-Außenminister Pompeo drohte »Maßnahmen« an.

Die hiesige Tageszeitung verbreitet bereits entlarvte »Fake News«. Die Unschuldsvermutung greift also nicht. Offensichtliches Ziel ist, einen Krieg gegen Venezuela zu rechtfertigen.

Drei MOZ-Artikel gegen den Frieden.

GERD MARKMANN

Krieg im »Hinterhof«

Nachdem die nicaraguanische Regierung unter Präsident Daniel Ortega 2018 Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) umgesetzt hatte und per Dekret eine fünfprozentige Rentenkürzung erlassen hatte, kam es landesweit zu starken Protesten. Diese hielten auch an, nachdem Ortega die Sozialversicherungsreform wieder zurückgenommen hatte. Die vor allem von den USA unterstützte Opposition witterte die Chance für einen Regimewechsel. Die bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen forderten bis zum Herbst etwa 450 Todesopfer. Die bürgerlichen Medien machten gewohntermaßen einseitig die staatlichen Sicherheitskräfte und sandinistischen Paramilitärs für die Eskalation der Gewalt verantwortlich. Von den Angriffen auf Parteibüros der Sandinisten und Gewalt, die von Gegendemonstranten ausging, von denen etliche mit Feuerwaffen ausgerüstet waren, erfuhr man eher nichts. So sprach das Forum von São Paulo im Juli 2018 davon, »daß es eine ähnliche Menge an toten Zivilisten aus den oppositionellen Reihen und aus den sandinistischen Reihen gegeben hat, wie von den Experten der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) anerkannt«.

Das Forum von São Paulo vereint lateinamerikanische und karibische Linke. Zur 24. Tagung, die im Juli 2018 in Havanna (Kuba) stattfand, kamen rund 600 Delegierte, die einschätzten, daß wir es heute in Lateinamerika

mit einer sich zunehmend radikalisierenden rechten Oligarchie zu tun haben.¹

Inzwischen hat sich die Lage in Nicaragua stabilisiert, wie der Lateinamerika-Experte Wolfgang Herrmann in einem Brief an die Eberswalder Rotfuchs-Gruppe einschätzt.² Viel werde davon abhängen, meint er, wie sich die Lage in Venezuela entwickelt. Auch hier haben wir es mit einer sehr einseitigen Informationspolitik zu tun. »Glaubt man dem, was unsere bürgerlichen Medien berichten, dann ist Guaidó der neue Präsident. Die lateinamerikanischen Medien – zum Teil auch rechte – sind sich sicher, daß die Zeit von Guaidó abgelaufen ist. Dieser Putschversuch hat nicht gezündet. Damit ist die Gefahr eines militärischen Eingriffs unter Führung der USA größer geworden. Moskau geht davon aus, daß er kommt. Es ist wie in Libyen und Syrien: Das Erdöl darf nicht für den Abbau der Armut in den unterentwickelten Ländern genutzt werden. Es darf nur der Profimacherei dienen. Fällt Venezuela, fällt ALBA und PETROCARIBE. Darin besteht die echte Gefahr für Nicaragua und vielleicht auch Kuba. Die USA-Ultras haben Pläne für die Vernichtung der Staaten des Karibischen Beckens. Sie wollen dort alle Staaten vernichten, um sich die Rohstoffe zu sichern. Im Karibischen Becken werden reiche Rohstoffvorkommen vermutet – nicht nur Erdöl, auch Seltene Erden.«

Es handele sich um ein komplexes Thema, so Herrmann weiter. Der USA-Imperialismus

Nackt unter Wölfen!

Der Verbrecherstaat BRD geht mit skrupellosen Methoden gegen seine politischen Gegner vor. Auch meine Person wird seit 1995 von den BRD-Behörden angegriffen. Mit dubiosen Mitteln wurden meine Betriebe zerstört. Die Mitarbeiter gingen in die Armut. Natürlich sind frühere MfS-Mitarbeiter den neuen Herrschern ein Dorn im Auge, konnten wir doch den »Pappnasen aus Pullach«, die unsere Wirtschaft stören und zerstören wollten, sehr oft daran hindern. Heute übt sich der siegreiche Verbrecherstaat in Rache. Das reicht von vorsätzlichen Falschaussagen über falsche Verdächtigungen bis hin zur Beugehaft. Uns liegen 2000 Blatt erdrückendes Beweismaterial gegen die verbrecherische Aktivitäten der BRD vor.

K. BLÄTTERMANN, Mitglied des Führungsstabes der Neuen Spartakusgruppe

ziehe sich aus Irak, Afghanistan und Syrien zurück, um seinen »Hinterhof« zurückzugewinnen. Aber auch gegen ihre Partner werden die USA aggressiv, wenn man beispielsweise den aktuellen Streit um Nord-Stream 2 betrachtet.

G.M.

1 – GRÜNBERG, HARRI: »Regime change in Nicaragua?« (18. August 2018, <https://diefreiheitsliebe.de/politik/regime-change-in-nicaragua/>)
2 – HERRMANN, WOLFGANG: eMail an die Eberswalder Rotfuchs-Gruppe, 08.02.2019. Siehe auch: BRAUNSCHWEIG, HELMUT: Ein Bericht aus Nicaragua (BBP 2/2012) und HERRMANN WOLFGANG: Rechtsruck und »Linksoffensive« (BBP 2/2018)

Dort steht schon eine Schlange an. Die meisten Leute vor mir wollen nach Varadero. Der PC ist ausgefallen. Die Busfahrkarten müssen deshalb von Hand ausgefüllt werden. Die »Schönste« hinter dem Schalter (ganz in weiß mit knallendem Ober- und Rock, Musterstrumpfhosen und Häubchen) schafft es nicht, die Fahrkarten auszufüllen. Sie übergibt es einem Kollegen. Der verdreht die Augen und setzt sich an den inzwischen wieder funktionierenden PC. Ruckzuck halte ich unsere beide Fahrkarten in der Hand.

Nur eine Stunde später als geplant sind wir in Viñales. Wir suchen unsere Casa – bei den Temperaturen eine Herausforderung. Zum Glück ist sie nicht weit weg von der Bushaltestelle. Die Menschen hier helfen uns, sogar kleine Mädchen fragen, was wir suchen. Der Weg zur Casa ist sandig und steinig und mit dem Koffer schwierig zu bewältigen. Aber die Casa ist sehr schön: Ein Bereich mit den Zimmern und ein Wohnbereich mit kleinem Essensraum. Obendrüber eine große Terrasse mit herrlichem Ausblick auf die Berge.

Und es gibt WLAN, kaum zu glauben. In Havanna fehlte dieser Komfort. Ich funke gleich Familie und Freunde an... Anschließend schauen wir uns im Ort um. Etesca (für Hotspot-Karten) und ein Lebensmittelladen finden wir schon mal. Auch eine Bank und Geldautomaten. Viñales ist erstaunlich gut ausgestattet.

In einem Haus hinter der Bushaltestelle tanzen Mädchen. Sie mögen zwischen 7 und 8 Jahre alt sein. Und sie machen es gut. Man merkt ihnen an, daß sie Spaß daran haben.

Ich bin ziemlich geschafft – die Wärme macht mich müde. Ein guter kubanischer Rum sorgt für Bettschwere. Mir steckt die deutsche Zeit noch in den Knochen: Hier ist es 18 Uhr – zu Hause ist es 6 Stunden später. Dafür werde ich am nächsten Tag schon um 3 Uhr wach. Nach dem Frühstück startet die Tabak-Tour. Eine junge Frau, 25 Jahre alt, führt uns aber zunächst zu einem Kaffee-Bauern. Sie wird herzlich begrüßt und erzählt uns von der Ernte und Verarbeitung der Kaffeebohnen. Hier wird jede Bohne mit der Hand gepflückt. Dann kommen die Bohnen in Wasser und gären dort. Danach werden sie getrocknet und geröstet. Zur Zeit (im November) werden Arabica-Bohnen geerntet. Wir dürfen eine Tasse probieren und nehmen eine Plastikflasche mit ganzen



Beim Tabakbauern.

Fotos: K. Lubke

Rundreise auf der kubanischen Insel (2):

Das UNESCO-Weltkulturerbe Viñales



Nach zwei Tagen Havanna ging unsere Kuba-Reise weiter mit Ziel Viñales im Westen der Insel. Wir starten am Morgen unseres dritten Tages vom VIAZUL (Busbahnhof)...

Bohnen für 5 CUC* mit. Der Staat nimmt von den Einnahmen 90 Prozent. 10 Prozent bleiben den Bauern. Wenn man dann noch das Lebensmittel-Heftchen sieht (ähnlich unseren Lebensmittelkarten nach dem Krieg – die alten Leute erinnern sich...), dann kann man die Menschen nur bewundern.

Weiter geht es über Felder und Wiesen zu einem Tabak-Bauern. Auch er erzählt von der Ernte. Eine Tabakpflanze wird in 3 Bereiche aufgeteilt: den oberen, mittleren und den unteren. Die Blätter werden einzeln vom Stiel getrennt und je nach Bereich getrocknet. Das wird in Hütten gemacht, die über ihrem Holzgerüst mit Palmenblättern gedeckt sind. Es ist herrlich kühl da drin. Wir erfahren, daß die Regierung Schäden ersetzt, die durch heftigen Sturm oder Regen passieren.

Es gibt auch Blätter, die nicht getrocknet werden. Diese werden als letztes Blatt außen um die Zigarre gewickelt. Innen sind mehrere Blätter übereinandergeschichtet. An den beiden Enden der Blätter werden diese großzügig abgeschnitten und auf das Mittelteil gelegt. Nun wird daraus eine Zigarre gedreht. Wenn sie fertig ist, wird das äußere Blatt verklebt (z. B. mit Honig) und ein Ende abgeschnitten. Hartmut probiert eine Zigarre. Der Rauch muß im Mund bleiben. Ich versuche es auch und habe noch eine ganze Weile den Geschmack im Mund. Wir nehmen ein Pack mit 12 Zigarren für 25 CUC mit.

Unsere Tourleiterin führt uns weiter, zeigt uns Pflanzen und Tiere und erklärt uns vieles dazu. Leider verstehe ich viel zu wenig – mein Englisch ist einfach stümperhaft. Das Tal war auf jeden Fall mal mit Wasser gefüllt. Das Gestein ist durch Vulkane entstanden. Heute gehört das Gebiet um Viñales zu den Weltkulturerben der UNESCO. Kurz vor Ende der Tour halten wir an einem Imbißstand und trinken aus einer Kokosnuß. Das ist eine Premiere für mich. Und mit dem kubanischen Rum schmeckt das Ganze richtig lecker – nicht zu kalt und nicht zu süß bei den Temperaturen.

Kurzer Zwischenstopp in der Casa fürs Fußwaschen (sie sind von der roten Erde entsprechend gefärbt) und dann überlegen wir, was wir am nächsten Tag machen wollen: Rundtour

mit dem Bus oder einen Motorroller ausleihen? Aber es gibt keinen Roller mehr auszuleihen. Also Plan B: Die Viñales-Bus-Tour. 5 CUC pro Person für den ganzen Tag. Zwölf Stationen werden immer wieder zirkulierend angefahren. Der Bus kommt alle 1,5 Stunden an jeder Station vorbei. Der Ort Viñales ist dabei, zwei Tabakfelder und zwei Höhlen, eine Felsmalerei und mehrere Aussichtspunkte.

Am nächsten Tag starten wir, um die Umgebung zu erkunden. Es klappt wunderbar: Der Bus fährt pünktlich (wie übrigens alle Busse, mit denen wir unterwegs waren).

Zuerst steigen wir am Hotel Horizonte Los Jazmines aus. Ein herrlicher Aussichtspunkt über das Tal zu der Bergkette. Wir schauen uns die Souveniere und Dokumentationen über Fidel, Che und Camilo an und genießen die Zeit. 1,5 Stunden später fahren wir weiter zur Felsmalerei Mural de la Prehistoria. Der mexikanische Künstler Leovigildo González Morillo hatte 1961 Fidel gefragt, ob er eine Felsmalerei anfertigen könne und bekam »grünes Licht«. Hier müssen wir 3 CUC Eintritt bezahlen und bekommen dafür jeder ein Getränk: Piña Colada und Bier. Wer Lust hat, kann an der Felsmalerei rechts vorbei den Wanderweg entlang weiter gehen. Es wird steil und felsig und wir drehen um, weil wir dafür nicht die richtigen Schuhe anhaben (Latschen und Havahañas).

Unser drittes Ziel ist die Höhle der Indios. Auch hier bezahlen wir Eintritt (10 CUC), mit dabei eine Bootsfahrt auf dem unterirdischen See. In der Höhle laufen wir ohne Führung – in Deutschland undenkbar. Gar nicht lange und wir gelangen an das Ende der Schlange von Menschen, die schon auf ein Boot warten. Der Bootsführer zeigt uns einige markante Felsformationen (Gesichter, ein Seepferdchen, einen Fisch), bevor er das Boot auf dem kleinen See aus der Höhle steuert.

Gegen 15 Uhr sind wir in Viñales zurück und finden in unserer Seitenstraße ein kleines Restaurant, das Lamm anbietet. Das möchte ich probieren. Satt und zufriedener kommen wir in die Casa zurück. Ich packe schon mal und mixe einen Cuba Libre a la Kornelia. Schmeckt gut. Hartmut raucht die Zigarre zu Ende.

KORNELIA LUBKE

Kommunale Kinosaison

Am Freitag, dem 1. März beginnt im Heidekrug die diesjährige Kinosaison. Der Joachimsthaler Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 zeigt immer freitags deutsche und internationale Filme, die kaum den Weg ins übliche Kommerzkino finden. Die Kinoabende im Heidekrug (Brunoldstraße 1 in Joachimsthal) beginnen immer um 19.30 Uhr. Der Eintritt beträgt 6 Euro und es sind keine Reservierungen notwendig.

Zum Auftakt zeigt der Verein die Dokumentation FAMILIE BRASCH – EINE DEUTSCHE GESCHICHTE (Deutschland 2018). Der Film erzählt die Geschichte der Familie Brasch, die als »Familie Mann der DDR« bekannt wurde. Der Vater hochverdienter SED-Funktionär und glühender Kommunist, die Kinder musisch begabt und rebellisch. Als Horst Brasch nach dem Zweiten Weltkrieg mit seiner Frau Gerda aus dem Exil zurückkehrt, hilft er mit, die DDR aufzubauen. Doch Gerda ist vom System enttäuscht. Und auch die Söhne, die beiden Schriftsteller Thomas und Peter sowie der Schauspieler Klaus rebellieren. Als Vater Horst seinen Sohn Thomas ausliefert, endet der Traum vom Kommunismus (Länge: 103 Minuten).

Eine Woche darauf wird der Film BACK FOR GOOD (Deutschland 2018) gezeigt. Angie ist eine jener schillernden Figuren, die berühmt sind, ohne daß man genau wüßte, warum eigentlich. Nun will sie unbedingt ins Dschungelcamp. Mit der großartigen Kim Riedle erzählt Mia Spengler von drei Frauen-Generationen. Angie, ihre Mutter (Juliane Köhler) und ihre Schwester (Leonie Wesselow) haben das gleiche Problem: Sie kämpfen mit falschen Bildern von sich um Aufmerksamkeit. Das glänzende Debüt macht sich nie über diese Figuren lustig, auch wenn deren Lebenswelt sehr komisch ist (95 Minuten, FSK: 12).

GISBERT AMM

»Keiner schiebt uns weg«

10 Jahre Politischer Aschermittwoch

»Keiner schiebt uns weg« – dieses Motto zieht sich durch das diesjährige Programm des Politischen Aschermittwochs in Bernau. Das ist angesichts der anstehenden Kommunal-, Kreis- und Europawahlen eine deutliche Ansage der Linken. Bereits zum zehnten Mal zünden die Stadtverordneten der Fraktion DIE LINKE mit ihrem Kabarett ein Feuerwerk an Einfällen. Zur Feier des Jubiläums wird erstmals die große Bühne der Stadthalle in Bernau genutzt. Da in den letzten Jahren mehr Zuschauer das Programm sehen wollten, als Platz im Ofenhaus war, fiel die Entscheidung für die Stadthalle.

Der Politische Aschermittwoch findet diesmal direkt am Aschermittwoch statt, dem 6. März, ab 19 Uhr in der Bernauer Stadthalle am Steintor, Hussitenstr. 1. Der Eintritt ist frei. Einlaß ab 18 Uhr.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Völkerballturnier der Toleranz

Eberswalde (bbp). Das inzwischen 9. Völkerballturnier der Toleranz findet in diesem Jahr am Sonnabend, den 5. Mai, wieder in der Motor-Sporthalle in der Potsdamer Allee im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde statt. Dies teilte MIRKO WOLFGGRAMM vom Zonenboys Eberswalde e.V. der BBP-Redaktion mit. Beginn ist 10 Uhr. Die aktualisierte Website wird in Kürze wieder online sein. Dort gibt es dann die Ausschreibung einschließlich Anmeldeformular: www.zonenboys.org. Ansonsten gibt es alle Infos auf der FB-Site der Zonenboys.

Auszeichnung für Heidekrug

Am 27. Februar, um 15 Uhr, wird der Chef der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Martin Gorcholt (SPD), den Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. im Rahmen des Programms »Markplatz der Möglichkeiten« als beispielhafte Initiative zum Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels auszeichnen. Im Vordergrund steht dabei einerseits, einen Dank an die Engagierten auszusprechen und sie in ihrem Engagement vor Ort zu unterstützen. Zugleich verbindet die Auszeichnung als »Demografie-Beispiel« die Intension, einen Transfer von beispielgebenden Projekten in andere Regionen anzuregen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Demografiepolitik liegt auf dem Erhalt und der Verbesserung der Angebotsstruktur im ländlichen Raum. Gerade kulturelle Angebote sind für die



Konzert im Heidekrug

Am Sonntag, dem 10. März, heißt es um 16 Uhr im Heidekrug »O Frühling, wie bist du schön!«. Das Brandenburgische Konzertorchester Eberswalde präsentiert die Gesangssolistin Julie Wyma (Sopran). Freuen Sie sich auf »Frühlingserwachen« von Carl Philipp Emanuel Bach, »Frühlingsrauschen« von Christian Sinding, »Als geblüht der Kirschbaum« von Carl Zeller, das Frühlingslied von Charles Gounod und viele andere zauberhafte Frühlingsmelodien. Es gibt Kaffee und Kuchen. Der Eintritt beträgt 14 Euro. Karten für dieses Konzert sind ein ideales Geschenk zum Frauentag und können auf heidekrug.org unter »Tickets« erworben werden.

GISBERT AMM

Wandertips

von BERND MÜLLER

Nadelwald und Schweinesuhle

Sonntag, 3. März, Winterwanderung, 4 km

Wir starten in Torgelow. Vorbei an einem Teich geht's zum Waldrand. Schon bald tauchen wir in den romantischen Nadelwald ein und genießen das herrliche grün der Moose. Weiter geht's zur Schweinesuhle und vorbei am Bunker Wollenberg zum Waldfriedhof von dem aus wir den Ausgangspunkt erreichen.

Treff: 13.30 Uhr, ehem. Kulturhaus, Torgelow, 16259 Falkenberg OT Torgelow (An der B158)

Der Watzmann an der Mariannenschlucht

Sonntag, 10. März, 10 km

Kaum zu glauben, aber wahr: Auch Bad Freienwalde hat seinen Watzmann! Unweit von Bismarckturn und Teufelssee kündigt seit 2017 sogar ein Gipfelkreuz davon. Bereits auf rund 120 Jahre alten Wanderkarten und Stadtplänen ist der »Watzmann-Berg« zu finden. Auch wenn er mit seinen 1.062 dMetern (!) nicht ganz an seinen alpinen Namensvetter heranreicht, sind wir die einzige Region außerhalb Bayerns, die eine Watzmann vorzuweisen hat.

Es soll um das Jahr 1180 gewesen sein, als bayerische Landsknechte auf der nahen Burg Malchow angeheuert haben – dort seit 1895 der Bismarckturm steht. Den Rittern fiel der damals noch kahle Gipfel eines Berges auf, von dem man weit ins Land blicken und jeden Feind schon von weitem sehen konnte. Fern der heimatlichen Alpen und von Heimweh geplagt gaben sie dem Berg den Namen »Watzmann«. Oder war es etwa andersherum, daß die Landsknechte den märkischen Bergnamen nach Bayern exportierten und seitdem ein Berg bei Berchtesgaden »Watzmann« heißt? Wie dem auch sei, mit uns können Sie heute ohne Seil und Steigeisen den Watzmann bezwingen.

Klaus Schluchter führt entlang dem Fontane Wanderweg auf den Höhen der Barnim Kante. Start und Ziel ist der Bahnhof Bad Freienwalde. Mit dem Bus (11 Uhr) fahren wir bis Falkenberg/Mark. Hier wandern wir zuerst durch die schöne Ortslage und biegen am Fontane Denkmal ein. Hier geht es vorbei an einem Teich. Jetzt tauchen wir in den Wald ein und erwandern den ersten Anstieg. Auf dem Höhenweg oben angekommen geht es moderat weiter durch herrliche Natur mit Fernsichten. Rast ist an der Malche geplant. Wir passieren den Teufelssee welcher romantisch am Wegesrand liegt. Nun geht es noch ein kleines Stück durch Park und Städtchen bis zum Bahnhof.

Treff: 10:45 Uhr, Bahnhofsvorplatz, Bahnhofstrasse, 16259 Bad Freienwalde (Oder)

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Anzeige

Die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative – Die PARTEI ist DIE Stimme der Nichtwähler.

Wahlverweigerer und Protestwähler sind dazu aufgerufen, bei den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 Die PARTEI zu wählen. Selbstverständlich dürfen auch alle anderen Die PARTEI wählen.

Um überhaupt antreten zu können, brauchen wir umgehend DEINE Unterstützungsunterschrift. Diese muß direkt in Deinem Rathaus (oder bei einem ehrenamtlichen Bürgermeister oder einem Notar) geleistet werden.

Wählt Die PARTEI – sie ist sehr gut!! Zwinker Smiley!



Politik ist mit uns nicht zu machen!

Daher: Deine Unterschrift!

Bürgeramt der STADT EBERSWALDE
(Wahlkreise 1 und 2):

Montag 7 – 14 Uhr
Dienstag 8 – 18 Uhr
Mittwoch 8 – 12 Uhr
Donnerstag 9 – 18 Uhr
Freitag 8 – 12 Uhr

STADT BERNAU (Wahlkreise 3 und 4):

Dienstag 8.30 – 12 und 13 – 18.30 Uhr
Donnerstag 8.30 – 12 und 13 – 17.30 Uhr
Freitag 9.00 – 12 Uhr

GEMEINDE SCHORFHEIDE:

Dienstag 9 – 12 und 13 – 18 Uhr
Donnerstag 9 – 12 und 13 – 16 Uhr
Freitag 9 – 12 Uhr

Angaben ohne Gewähr · Öffnungszeiten in den anderen Städten, Gemeinden und Ämtern bitte jeweils vor Ort erfragen.

Europäische Armee

*Ich würde gerne einmal wissen:
Vor wem wir uns jetzt schützen müssen?
Für wen braucht ihr ein neues Heer?
Genügen die Alten denn nicht mehr?*

*Ich würde gerne mal erfahren:
Warum nach 73 Friedensjahren,
Ihr dauernd von Bedrohung sprecht?
Was gibt euch denn dazu das Recht?*

*Ich würde gerne mal durchschauen:
Worauf Bedrohungsszenarien bauen,
Für wen ist dieses Heer gedacht?
Vor wem schützt es und eure Macht?*

*Ich würde gerne mal begreifen:
In wessen Köpfen diese Pläne reifen?
Warum jetzt unsere Angela,
In Straßburg tönt Hurra, Hurra?*

*Ich würde gerne eruieren:
Wer soll den Wahnsinn finanzieren?
Das Ding ist doch milliardenschwer!
Wo kommt die Kohle dafür her?*

*Ich würde gerne einmal prüfen:
Wie viele Kleine dafür büßen?
Wie die, die das bezahlen sollen,
Dafür darben und darum grollen.*

RAINER KROBOTH

Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«
Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden klären. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Der nächste Termin, wie gewohnt am zweiten Mittwoch des Monats, ist am 13. März, von 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de
redaktion: Gerd Markmann
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
redaktionsschluß: 22. Februar 2019

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.
Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 20. März 2019.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)